



SOLVENCY AND FINANCIAL CONDITION REPORT

2017

DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG

Inhalt

Zusammenfassung	5
A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	6
A.1 Geschäftstätigkeit	6
A.1.1 Allgemeine Angaben.....	6
A.1.2 Informationen zur aufsichtsrechtlichen Überwachung.....	6
A.1.3 Informationen zum zuständigen Wirtschaftsprüfer	6
A.1.4 Informationen zu den Eigentumsverhältnissen.....	7
A.1.5 Informationen zur Struktur der SIGNAL IDUNA Gruppe	7
A.1.6 Geschäftsbereiche und Tätigkeitsgebiete	8
A.1.7 Geschäftsvorfälle und Ereignisse	8
A.2 Versicherungstechnische Leistung	8
A.3 Anlageergebnis	9
A.3.1 Erträge und Aufwendungen aus dem Anlagegeschäft	9
A.3.2 Direkt im Eigenkapital berücksichtigte Gewinne und Verluste	9
A.3.3 Anlagen in Verbriefungen	9
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten	9
A.5 Sonstige Angaben	10
B. Governance-System.....	11
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System.....	11
B.1.1 Darstellung der Leitungs- und Aufsichtsorgane.....	12
B.1.2 Darstellung der vier Schlüsselfunktionen	13
B.1.3 Darstellung wesentlicher Änderungen des Governance-Systems	14
B.1.4 Angaben zur Vergütungspolitik und Vergütungspraktiken	15
B.1.5 Informationen zu wesentlichen Transaktionen	15
B.1.6 Bewertung der Angemessenheit des Governance-Systems.....	15
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit	16
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	17
B.3.1 Risikomanagementsystem.....	17
B.3.2 Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	18
B.4 Internes Kontrollsystem	20
B.4.1 Beschreibung des internen Kontrollsystems	20
B.4.2 Beschreibung der Umsetzung der Compliance-Funktion.....	21

B.5	Funktion der Internen Revision.....	22
B.6	Versicherungsmathematische Funktion	25
B.7	Outsourcing.....	26
B.8	Sonstige Angaben	26
C.	Risikoprofil.....	27
C.1	Versicherungstechnisches Risiko.....	28
C.2	Marktrisiko.....	30
C.3	Kreditrisiko (= Ausfallrisiko)	32
C.4	Liquiditätsrisiko	32
C.5	Operationelles Risiko.....	33
C.6	Andere wesentliche Risiken.....	34
C.7	Sonstige Angaben	35
D.	Bewertung für Solvabilitätszwecke	36
D.1	Vermögenswerte.....	36
D.2	Versicherungstechnische Rückstellungen.....	41
D.3	Sonstige Verbindlichkeiten	43
D.4	Alternative Bewertungsmethoden.....	44
D.5	Sonstige Angaben	44
E.	Kapitalmanagement	45
E.1	Eigenmittel	45
E.1.1	Grundsätze des Eigenmittelmanagements.....	45
E.1.2	Informationen zur Eigenmittelzusammensetzung.....	45
E.1.3	Bewertungsunterschiede zwischen der lokalen Rechnungslegung und Solvency II.....	45
E.1.4	Übersicht der Basiseigenmittel aus Übergangsmaßnahmen	46
E.1.5	Übersicht der ergänzenden Eigenmittel	46
E.1.6	Übersicht der Abzugspositionen	46
E.1.7	Informationen zum Verlustausgleichsmechanismus	46
E.1.8	Erläuterungen zum Ausgleichssaldo	46
E.2	Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	46
E.2.1	Detaildarstellung zur Solvenzkapitalanforderung	46
E.2.2	Detaildarstellung zur Mindestkapitalanforderung	47
E.2.3	Angaben zu vereinfachten Berechnungen	47
E.2.4	Angaben zu unternehmensspezifischen Parametern und Kapitalaufschlägen	47
E.2.5	Bei der Berechnung der Mindestkapitalanforderung verwendete Inputs.....	47

E.2.6	Änderungen der Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung im Berichtszeitraum.....	48
E.3	Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvvenzkapitalanforderung	48
E.4	Unterschiede zwischen der Standardformel und etwaig verwendeten internen Modellen.....	48
E.5	Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvvenzkapitalanforderung	48
E.6	Sonstige Angaben	48
Anlagen	49

Zusammenfassung

Die DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG wurde 1956 gegründet und ist seit 2008 ein Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe. Die Anteile des Unternehmens werden zu 100 % von der alleinigen Gesellschafterin SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG, Dortmund, gehalten.

Gegenstand der Geschäftstätigkeit ist nach der Satzung des Unternehmens der Betrieb aller Arten der Rechtsschutzversicherung. Die DEURAG ist damit der Rechtsschutzversicherer der SIGNAL IDUNA Gruppe.

Die aktuelle Aufbau- und Ablauforganisation unterstützt die Ziele der Geschäfts- und Risikostrategie. Die DEURAG verfügt über ein wirksames Governance-System, um ein solides und vorsichtiges Management zu gewährleisten. Wesentlicher Bestandteil im Governance-System sind die vier eingerichteten Governance-Funktionen Risikomanagement, Versicherungsmathematische Funktion, Compliance und Interne Revision.

Das Risikoprofil der DEURAG setzt sich zu 81 % aus dem versicherungstechnischen Risiko, zu 37 % aus dem Marktrisiko und zu 6 % aus dem Gegenparteiausfallrisiko zusammen.

Die nach der Standardformel ermittelte Solvenzkapitalanforderung (SCR) beträgt 78.048 TEUR. Die Mindestkapitalanforderung (MCR) beläuft sich auf 35.122 TEUR.

Die Aufstellung der Solvabilitätsübersicht folgt den Vorschriften der §§ 74 – 87 VAG. Die anrechenbaren Eigenmittel für die Solvenzkapitalanforderung belaufen sich auf 94.290 TEUR, die für die Mindestkapitalanforderung auf 107.227 TEUR.

Aus der Gegenüberstellung der Solvenz- bzw. Mindestkapitalanforderung mit den anrechenbaren Eigenmitteln ergeben sich zum Berichtsstichtag Bedeckungsquoten in Höhe von 137,39 % (SCR) bzw. 268,47 % (MCR).

Dieser Bericht über Solvabilität und Finanzlage (**S**olvency and **F**inancial **C**ondition **R**eport - SFCR) wird zum zweiten Mal seit Inkrafttreten von Solvency II erstellt. Daher werden erstmals Vorjahresvergleiche ausgewiesen. Das Geschäftsjahr der DEURAG beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember eines jeden Jahres. Dieser SFCR bezieht sich daher auf den Stichtag 31. Dezember 2017.

Im Bericht werden Zahlen in Tausend Euro (TEUR) angegeben. Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit (€, % usw.) auftreten.

A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

A.1.1 Allgemeine Angaben

Die DEURAG Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG (im Folgenden „DEURAG“ oder „Gesellschaft“ genannt) ist ein den Solvency II-Anforderungen unterliegender Erstversicherer des deutschen Marktes in Form einer Aktiengesellschaft. Die Firmenadresse lautet:

Abraham-Lincoln-Straße 3
65189 Wiesbaden
Internet: www.deurag.de

A.1.2 Informationen zur aufsichtsrechtlichen Überwachung

Zuständig für die aufsichtliche Überwachung der Versicherungsgesellschaft ist die

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn

Postfach 1253
53002 Bonn

Tel.: +49 228 4108 - 0
Fax: +49 228 4108 - 1550

E-Mail: poststelle@bafin.de
De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

Die Gesellschaft ist Teil der ebenfalls durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht überwachten SIGNAL IDUNA Gruppe.

A.1.3 Informationen zum zuständigen Wirtschaftsprüfer

Zuständig für die Wirtschaftsprüfung der Versicherungsgesellschaft ist die

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt am Main

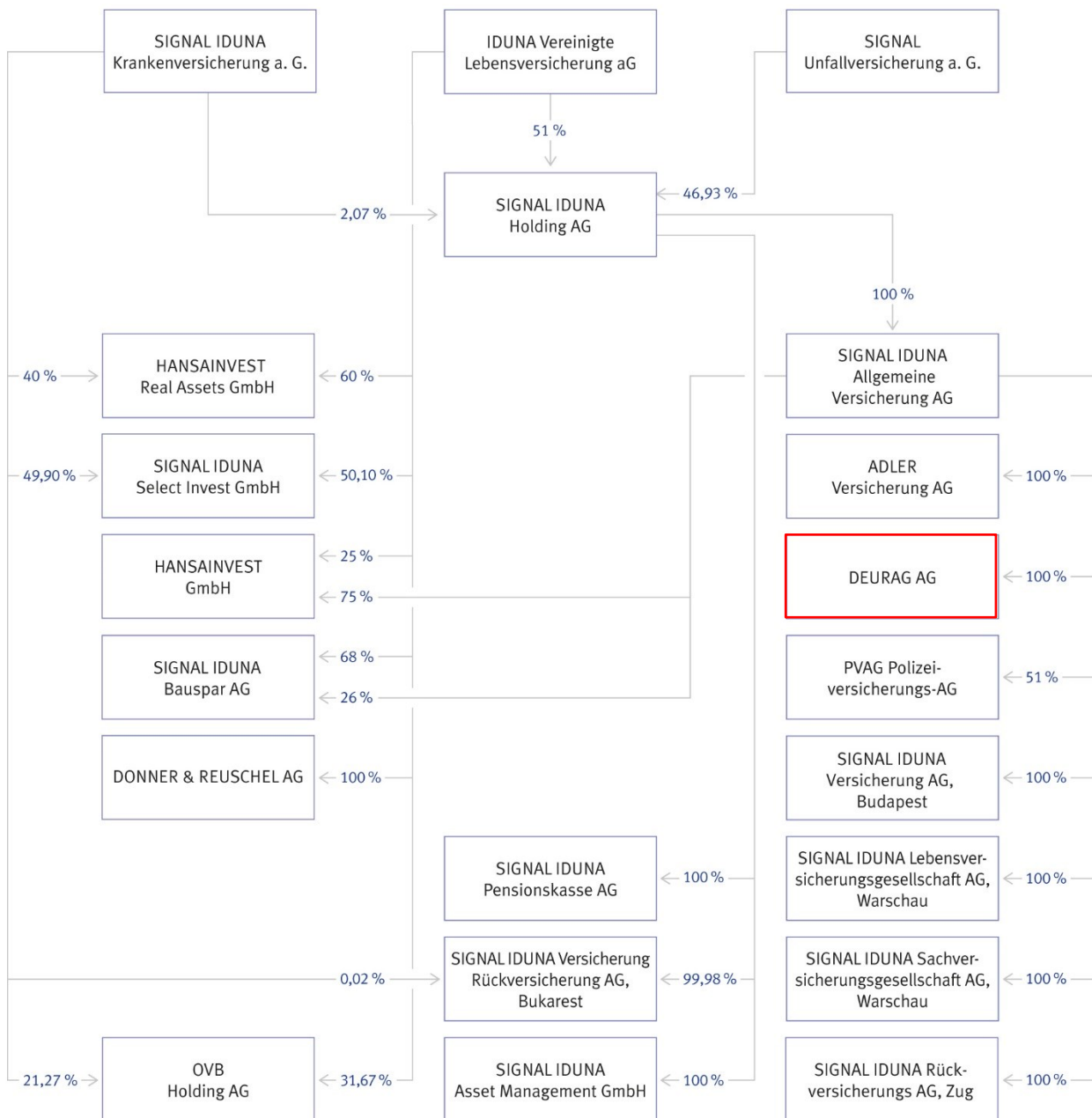
Tel.: +49 69 9585 - 0
Fax: +49 69 9585 - 1000
Internet: www.pwc.de

A.1.4 Informationen zu den Eigentumsverhältnissen

Die DEURAG ist ein Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe und eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG, Dortmund.

A.1.5 Informationen zur Struktur der SIGNAL IDUNA Gruppe

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Einbettung der DEURAG in die SIGNAL IDUNA Gruppe sowie den gesamten Aufbau der SIGNAL IDUNA Gruppe selbst:



A.1.6 Geschäftsbereiche und Tätigkeitsgebiete

Die DEURAG ist der Rechtsschutzversicherer der SIGNAL IDUNA Gruppe. Gegenstand der Geschäftstätigkeit ist nach § 2 der Satzung der Betrieb aller Arten der Rechtsschutzversicherung. Die Geschäftstätigkeit erstreckt sich auf die Bundesrepublik Deutschland.

A.1.7 Geschäftsvorfälle und Ereignisse

Wesentliche Geschäftsvorfälle, die hier zu berichten wären, lagen 2017 nicht vor.

A.2 Versicherungstechnische Leistung

In diesem Kapitel wird die im Berichtszeitraum erbrachte versicherungstechnische Leistung beschrieben.

Die Angaben zu der versicherungstechnischen Leistung leiten wir grundsätzlich aus den Werten zum 31. Dezember 2017 in Anlehnung an das Berichtsformular „Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen“ (S.05.01.02) ab. In einer verdichteten Gliederung werden dabei die verdienten Beiträge, die Aufwendungen für Versicherungsfälle, die Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen, die angefallenen Aufwendungen inklusive Schadenregulierungskosten sowie die sonstigen versicherungstechnischen Aufwendungen berücksichtigt. Da die DEURAG weder über einen aktiven Rückversicherungsvertrag verfügt noch das passive Rückversicherungsgeschäft betreibt, entspricht das versicherungstechnische Bruttoergebnis dem Nettoergebnis. Daher wird im Weiteren auf eine Differenzierung in Brutto- und Nettogeschäft verzichtet.

Die versicherungstechnische Leistung zum 31. Dezember 2017 beläuft sich inklusive der sonstigen versicherungstechnischen Aufwendungen auf -7.789 TEUR (Vorjahr: -15.323 TEUR). In der folgenden Tabelle sind die einzelnen Ergebniskomponenten dargestellt:

Versicherungstechnisches Ergebnis	31.12. 2017	31.12. 2016
	TEUR	TEUR
Verdiente Beiträge	175.794	173.379
Schadenaufwendungen	-123.936	-125.437
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen	-24	-17
Kosten inkl. Schadenregulierung	-59.805	-63.502
Sonstige versicherungstechnische Erträge	182	255
Versicherungstechnisches Ergebnis	-7.789	-15.323

A.3 Anlageergebnis

A.3.1 Erträge und Aufwendungen aus dem Anlagegeschäft

Das wirtschaftliche Ergebnis der Anlagetätigkeit beläuft sich zum 31. Dezember 2017 auf 7.007 TEUR (Vorjahr: 16.634 TEUR) und wird in der folgenden Tabelle nach Ergebniskomponenten dargestellt:

Wirtschaftliches Ergebnis der Anlagetätigkeit	31.12. 2017	31.12. 2016
	TEUR	TEUR
Erträge aus Mieten	502	507
Erträge aus Dividenden	3.457	4.564
Zinserträge	7.440	8.247
Laufende Erträge	11.399	13.318
Gewinne/Verluste aus Veräußerung von Anlagen saldiert	11	3.321
Realisiertes Anlageergebnis	11.410	16.639
Veränderung der nicht realisierten Gewinne/Verluste	-4.403	-5
Wirtschaftliches Ergebnis der Anlagetätigkeit	7.007	16.634

Aus der Kapitalanlage wurden in 2017 laufende Erträge in Höhe von 11.399 TEUR (Vorjahr: 13.318 TEUR) erzielt – davon 502 TEUR (Vorjahr: 507 TEUR) aus Mieterträgen, 3.457 TEUR (Vorjahr: 4.564 TEUR) aus Dividenden und 7.440 TEUR (Vorjahr: 8.247 TEUR) aus Zinserträgen. Die Dividendenerträge bestehen im Wesentlichen aus Ausschüttungen aus Organismen für gemeinsame Anlagen. Sie sanken im Vergleich zum Vorjahr um 1.107 TEUR. Die Zinserträge resultieren im Wesentlichen aus Staats- und Unternehmensanleihen und sanken im Vergleich zum Vorjahr um 807 TEUR. Dieser Ertragsrückgang resultiert im Wesentlichen aus dem zunehmenden Anteil niedrig verzinslicher Anlagen im Bestand. Der saldierte Nettoveräußerungsgewinn sank ebenfalls um 3.310 TEUR und beträgt 11 TEUR und resultiert aus der Veräußerung von Betriebs- und Geschäftsausstattung. Der nicht realisierte Nettogewinn sank im Berichtsjahr um 4.403 TEUR. Grund hierfür ist im Wesentlichen der Anstieg der Zinsen im Jahresverlauf 2017. Insgesamt reduzierte sich das wirtschaftliche Ergebnis der Anlagetätigkeit um 9.627 TEUR auf 7.007 TEUR (Vorjahr: 16.634 TEUR).

A.3.2 Direkt im Eigenkapital berücksichtigte Gewinne und Verluste

Gemäß den Bilanzierungsvorschriften nach HGB werden keine Gewinne und Verluste im Eigenkapital berücksichtigt.

A.3.3 Anlagen in Verbriefungen

Im Berichtsjahr befanden sich keine Anlagen in Verbriefungen im Bestand.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Das sonstige Ergebnis setzt sich aus den Erträgen und Aufwendungen zusammen, die nicht der Versicherungstechnik und den Kapitalanlagen zugeordnet werden. Die sonstigen Erträge betragen insgesamt 2.772 TEUR (Vorjahr: 2.081 TEUR). Die Erträge resultierten mit 1.696 TEUR im Wesentlichen aus Dienstleistungsverträgen.

Die sonstigen Aufwendungen betragen insgesamt 4.027 TEUR (Vorjahr: 3.053 TEUR). Die Aufwendungen resultieren mit 2.732 TEUR aus der Kostenverteilung, insbesondere aus Aufwendungen für Dienstleistungen.

Darüber hinaus liegen keine wesentlichen Sachverhalte vor.

A.5 Sonstige Angaben

Weitere wesentliche Informationen liegen nicht vor.

B. Governance-System

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

Die DEURAG verfügt über eine wirksame und ordnungsgemäße Geschäftsorganisation gemäß Abschnitt 3 Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG). Die Geschäftsorganisation gewährleistet neben der Einhaltung der von den Versicherungsunternehmen zu beachtenden Gesetze, Verordnungen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen eine solide und umsichtige Leitung des Unternehmens.

Die DEURAG hat zur Unterstützung der Unternehmensleitung ein Internes Governance-System eingerichtet. Ausgehend von der Risikostrategie folgt das Governance-System dem branchenweit anerkannten sogenannten „Modell der drei Verteidigungslinien“. Die nachstehende Grafik verdeutlicht die wesentlichen Eckpfeiler des Governance-Systems:



Das Modell der drei Verteidigungslinien

Das Modell ist mit der Aufbauorganisation der DEURAG kompatibel. In den unternehmensinternen Leitlinien für das Governance-System (z. B. Risikomanagement, Revision) werden entsprechende aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen sowie Rollen und Zuständigkeiten festgelegt. Durch die in den Leitlinien dargestellten Verfahren, Regelungen und Prozesse wird dem Modell folgend eine angemessene Trennung der Zuständigkeiten sichergestellt.

Zur ersten Verteidigungslinie gehören alle operativen Funktionsstellen, welche die auftretenden Risiken direkt steuern. Die zweite Verteidigungslinie enthält die drei Schlüsselfunktionen Risikomanagementfunktion, Compliance-Funktion und Versicherungsmathematische Funktion, welche die Funktionsfähigkeit der implementierten Kontrollen überwachen. Die Interne Revision ist der dritten Verteidigungslinie zugeordnet, der vor allem die prozessunabhängige Überwachung der beiden erstgenannten Verteidigungslinien obliegt.

Zur Ablauforganisation gehören die Prozesse der Konzern- bzw. Unternehmenssteuerung, das Risikomanagementsystem, das interne Kontrollsystem (IKS) und die Notfallplanung. Die Governance-Funktionen sind als wesentliches Element der internen Kontrollprozesse integraler Bestandteil der Steuerungsprozesse der DEURAG. Die Tätigkeiten der Governance-Funktionen folgen dabei folgenden Grundsätzen:

- Grundsatz der Unabhängigkeit
- Grundsatz der Objektivität
- Grundsatz des vollständigen Informations- und Prüfungsrechts
- Grundsatz der Vertraulichkeit
- Grundsatz der Fachkompetenz
- Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht

Das Governance-System der DEURAG wurde mit der Einführung von Solvency II zum 1. Januar 2016 vollständig angepasst und wird laufend weiterentwickelt.

B.1.1 Darstellung der Leitungs- und Aufsichtsorgane

Der Vorstand der DEURAG setzt sich aus drei Mitgliedern zusammen. Eine Übersicht aller Vorstandsmitglieder und ihrer wesentlichen Zuständigkeiten in der aktuellen Zusammensetzung ist nachfolgend dargestellt:

Arndt A. Stange

- Leistung
- IT
- Betriebsorganisation / Allgemeine Dienste
- Produktkalkulation / Produkt-/ Produktportfoliomanagement

Dr. Thomas Wolf

- Vertrieb, Vertriebssteuerung, Außendienstorganisation
- Betrieb
- Personal
- Kapitalanlage

Thorsten Finke

- Revision
- Risikomanagement / IKS / Mathematik
- Recht / Beschwerden / Datenschutz
- Rechnungswesen und Controlling
- Compliance

Die Mitglieder des Vorstands werden durch den Aufsichtsrat im Regelfall für drei bis fünf Jahre bestellt. Die Aufsichtsratsmitglieder werden durch die Mitgliederversammlung für jeweils vier Jahre gewählt. Die Aufsichtsratsmitglieder und die Mitgliedervertreter sind im Geschäftsbericht namentlich aufgeführt.

B.1.2 Darstellung der vier Schlüsselfunktionen

Die DEURAG hat die erforderlichen Schlüsselfunktionen eingerichtet. Die Interne Revision und die Versicherungsmathematische Funktion sind konzernintern auf die IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe, Hamburg, (im Folgenden „IDUNA Leben“ genannt) ausgegliedert.

Für die Überwachung der beiden ausgegliederten Schlüsselfunktionen wurden Ausgliederungsbeauftragte benannt. Nachfolgend werden die Schlüsselfunktionen beschrieben.

Interne Revision

Die Interne Revision ist verantwortlich für die laufende Überprüfung der gesamten Geschäftsorganisation und insbesondere des internen Kontrollsystems im Hinblick auf deren Angemessenheit und Wirksamkeit. Die Funktion der Internen Revision wird durch die Konzernrevision im Wege einer konzerninternen Ausgliederung wahrgenommen. Die zuständige Person bei dem Dienstleister berichtet an den Ausgliederungsbeauftragten. Dieser kann den Bericht ergänzen bzw. kommentieren und leitet den Bericht an die Geschäftsleitung weiter. Dadurch hat er die Möglichkeit, seine Überwachungsfunktion auszuüben.

Sämtliche Mitarbeiter in der Konzernrevision nehmen ihre Aufgabenstellung selbstständig und unabhängig wahr. Die Konzernrevision ist bei ihrer Aufgabenerfüllung keinen Weisungen oder unangemessenen Einflüssen etwa durch andere Schlüsselfunktionen, den Vorstand oder den Aufsichtsrat ausgesetzt. Im Zuge der Funktionstrennung wird sichergestellt, dass Mitarbeiter der Konzernrevision nicht mit revisionsfremden Aufgaben betraut werden und Personen, die in anderen Abteilungen des Unternehmens tätig sind, grundsätzlich keine Aufgaben der Konzernrevision wahrnehmen. Zudem besitzt die Konzernrevision ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht und es besteht eine unverzügliche Informationspflicht aller Bereiche an die Interne Revision, wenn wesentliche Mängel zu erkennen oder wesentliche Schäden aufgetreten sind oder ein konkreter Verdacht auf Unregelmäßigkeiten besteht.

Compliance-Funktion

Die Compliance-Funktion ist verantwortlich für die Einhaltung von internen und externen Regelungen. Sie berichtet direkt an den gesamten Vorstand der DEURAG.

Die Compliance-Funktion beschäftigt sich insbesondere mit der laufenden Überwachung der Einhaltung der externen und internen Gesetze und Regeln, der Weiterentwicklung des Compliance-Management-Systems und der weiteren Etablierung des gruppenweit einheitlichen Compliance-Verständnisses. Sie unterstützt zudem Mitarbeiter, Führungskräfte und den Vorstand bei der Umsetzung der im Compliance-Kodex der SIGNAL IDUNA Gruppe festgelegten Unternehmensgrundsätze.

Personen, die für die Compliance-Funktion tätig sind, unterliegen insoweit dem Weisungsrecht des Leiters der Compliance-Funktion. Die Compliance-Funktion hat ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht. Es besteht eine unverzügliche Informationspflicht aller Bereiche an die Compliance-Funktion, wenn wesentliche Mängel zu erkennen oder wesentliche Schäden aufgetreten sind oder ein konkreter Verdacht auf Unregelmäßigkeiten besteht.

Risikomanagementfunktion

Die Risikomanagementfunktion ist verantwortlich für die operative Durchführung des Risikomanagements. Sie berichtet direkt an den Gesamtvorstand der DEURAG.

Die Risikomanagementfunktion der DEURAG ist in die Risikomanagementstruktur der SIGNAL IDUNA Gruppe eingebettet. Die Risikomanagementfunktion in der SIGNAL IDUNA Gruppe ist in einer Matrixorganisation aufgestellt und setzt sich aus dem Bereich Zentrales Risikomanagement (zentrale Risikomanagementfunktion), der dezentralen Risikomanagementfunktion je Konzern-Ressort und den lokalen Risikomanagementfunktionen der Tochterunternehmen zusammen.

Personen, die für die Risikomanagementfunktion tätig sind, unterliegen insoweit dem Weisungsrecht des Leiters der Risikomanagementfunktion. Die Risikomanagementfunktion der DEURAG besitzt ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht. Es besteht eine unverzügliche Informationspflicht aller Bereiche an die Risikomanagementfunktion, wenn wesentliche Mängel zu erkennen, wesentliche Schäden aufgetreten sind oder wesentliche bzw. bestandsgefährdende Risiken erkennbar werden. Die Risikomanagementfunktion berichtet zu speziellen Sachverhalten im Rahmen von Sitzungen, Stellungnahmen, Berichten und Vorstandsvorlagen an den gesamten Vorstand.

Versicherungsmathematische Funktion

Die Versicherungsmathematische Funktion (VMF) ist verantwortlich für die Validierung der Angemessenheit der Berechnungen zu den versicherungstechnischen Rückstellungen innerhalb der Solvabilitätsbewertung (Säule I). Die Funktion der VMF ist konzernintern auf die IDUNA Leben ausgegliedert.

Für die DEURAG ist als Inhaber der Schlüsselfunktion der Bereichsleiter „Mathematik, Analysen, Statistik Komposit“ der SIGNAL IDUNA Gruppe benannt. Somit ist sichergestellt, dass die VMF sowohl über die fachliche Qualifikation verfügt als auch zuverlässig ist. Die zuständige Person bei dem Dienstleister berichtet an den Ausgliederungsbeauftragten. Dieser kann den Bericht ergänzen bzw. kommentieren und leitet den Bericht an die Geschäftsleitung weiter. Dadurch hat er die Möglichkeit, seine Überwachungsfunktion auszuüben.

Sämtliche Mitarbeiter in der VMF unterliegen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben dem Weisungsrecht des Leiters der VMF.

B.1.3 Darstellung wesentlicher Änderungen des Governance-Systems

Das Governance-System der DEURAG ist mit Inkrafttreten von Solvency II zum 1. Januar 2016 vollständig eingerichtet worden. Im Zuge dessen wurden Leitlinien mit Bezug zur Internen Revision, zur Compliance-Funktion, zur Risikomanagementfunktion und zur Versicherungsmathematischen Funktion implementiert. Die sonstigen Elemente des Governance-Systems wurden erstmalig in den Regelbetrieb überführt. Im Jahresverlauf 2017 wurden einzelne Leitlinien überprüft und bei wesentlichen Änderungen dem Vorstand zur Entscheidung vorgelegt. Zur Sicherstellung der Anforderungen an die fachliche Qualifikation wurden ab 2016 Schulungen für intern verantwortliche Personen von Schlüsselfunktionen und für Aufsichtsräte und Vorstände erfolgreich durchgeführt.

Im Berichtsjahr haben sich keine weiteren wesentlichen Änderungen im Governance-System der DEURAG ergeben.

B.1.4 Angaben zur Vergütungspolitik und Vergütungspraktiken

Bei der Bemessung des Festgehalts werden jeweils die tariflichen Vorgaben, die Marktkonformität, die Entwicklung der Lebenshaltungskosten, der Arbeitsaufwand und der Verantwortungsrahmen als Kriterien herangezogen. Variable Vergütungen werden nicht an Vorgaben kurzfristiger Art bemessen. Vielmehr wird die jährliche Tantieme an der Nachhaltigkeit der erreichten Ergebnisse ausgerichtet. Soweit betriebliche Altersversorgungen gewährt werden, erfolgt diese in Form einer Direktversicherung oder einer Pensionskassenversorgung. Insgesamt ist der relative Anteil der variablen Vergütung von eher untergeordneter Bedeutung.

B.1.5 Informationen zu wesentlichen Transaktionen

Zur Stärkung der Eigenmittel im Hinblick auf die gestiegenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Kapitalausstattung nach Solvency II wurde 2017 zwischen der DEURAG und der SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG, Dortmund, ein Schuldscheindarlehen mit Nachrangvereinbarung über 10.000 TEUR und einer Laufzeit von 10 Jahren geschlossen. Die Nominalverzinsung des Darlehens beläuft sich auf 3,8 % p.a.

B.1.6 Bewertung der Angemessenheit des Governance-Systems

Der Vorstand bewertet die Geschäftsorganisation regelmäßig gemäß § 23 Abs. 2 VAG, wobei der Turnus der Bewertung für einzelne Prüffelder entsprechend dem Risikoprofil der IDUNA Leben festgelegt wird. Im Einzelnen wurden folgende Prüffelder definiert:

- Governance System als Ganzes (Proportionalität, Wesentliche Risiken, Gesamtverantwortung der Geschäftsleitung)
- Governance Anforderungen auf Gruppenebene
- Allgemeine Governance Anforderungen
- Schlüsselfunktionen
- Risikomanagementprozess inkl. ORSA
- Anforderungen an die Geschäftsorganisation in Bezug auf Eigenmittel
- Internes Kontrollsystem, Dokumentation
- Ausgliederungen
- Notfallplanung
- Fit & Proper
- Datenqualität

Im Geschäftsjahr 2017 wurde das Governance-System weiter verfeinert. Die erstmalige ganzheitliche Bewertung der gesamten Geschäftsorganisation im Sinne des § 23 Absatz 2 VAG bzw. Abschnitt 8.2 aus dem BaFin-Rundschreiben 2/2017 (VA) „Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen“ (MaGo) wird im ersten Halbjahr 2018 abgeschlossen. Die Ergebnisse der ganzheitlichen Bewertung der Geschäftsorganisation werden im zweiten Halbjahr 2018 auf den Vorstand zugebracht werden.

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

Gemäß dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) müssen Personen, die ein Versicherungsunternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselaufgaben wahrnehmen, fachlich geeignet („fit“) und persönlich zuverlässig („proper“) sein, um ein solides und vorsichtiges Management zu gewährleisten. Die tatsächliche Leitung wird bei der DEURAG durch den Vorstand wahrgenommen. Darüber hinaus hat die DEURAG keine weiteren Schlüsselaufgaben identifiziert.

Für den Vorstand, den Aufsichtsrat und verantwortliche Personen von Schlüsselfunktionen gelten aufgrund ihrer Verantwortung für die Leitung und Überwachung der Gesellschaft spezifische, von der BaFin festgelegte Anforderungen in Bezug auf ihre fachlichen und persönlichen Kompetenzen. Die geforderten Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen jeder einzelnen Person bezogen auf die kollektiven Anforderungen an die Zusammensetzung der eingerichteten Gremien stellen sicher, dass auf Basis eines guten Verständnisses für die Geschäftstätigkeit, die Risiken und die Governance-Struktur der Gesellschaft sowie die regulatorischen Rahmenbedingungen gut informierte und kompetente Entscheidungen für die Führung der Gesellschaft getroffen werden.

Die Eignungsbeurteilung von Vorstandsmitgliedern sowie von Aufsichtsratsmitgliedern hinsichtlich der von der BaFin vorgegebenen Kriterien erfolgt durch den Aufsichtsrat. Die Eignungsbeurteilung für die Leiter von Schlüsselfunktionen wird durch den Vorstand vorgenommen. Bei der Eignungsbeurteilung werden verschiedene Kriterien berücksichtigt und anhand dieser wird eine entsprechende Einschätzung hinsichtlich der Einzelkriterien „Fit & Proper“, „Nicht Fit & Proper“ oder mit Auflagen getroffen.

Die interne Eignungsbeurteilung für Neubesetzungen von Vorstandsmitgliedern, Aufsichtsratsmitgliedern und verantwortlichen Personen von Schlüsselfunktionen berücksichtigt die erforderlichen Anzeigepflichten gemäß § 47 Nr. 1 VAG. Die erforderlichen fachlichen Kompetenzen der Kandidaten (insbesondere Vorstandsmitglieder und verantwortliche Personen von Schlüsselfunktionen) berücksichtigen die Geschäftstätigkeit und das Risikoprofil der Gesellschaft in angemessener Art und Weise.

Zur Sicherstellung der dauerhaften fachlichen Qualifikation wurde ein Schulungskonzept implementiert. In diesem Schulungskonzept sind

- Grundlagenmodule für die Mitglieder der Aufsichtsräte und
- Vertiefungsmodule für die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie für die verantwortlichen Personen der Schlüsselfunktionen und ggf. Ausgliederungsbeauftragte

vorgesehen.

An den Vertiefungsschulungen können auch die Mitarbeiter der Schlüsselfunktionen und sonstige Mitarbeiter teilnehmen. Eine laufende Eignung wird durch regelmäßige sich wiederholende Schulungen und Fortbildungen sichergestellt. Die Schulungen werden durch interne Spezialisten durchgeführt.

Die Anforderungen an die fachliche Qualifikation „fit“ und persönliche Zuverlässigkeit „proper“ sowie entsprechend notwendige Voraussetzungen zur Sicherstellung der fachlichen Qualifikation und der persönlichen Zuverlässigkeit und die sich daraus ergebenden Prozesse und Verfahren zur Festlegung der fachlichen und persönlichen Eignung sind detailliert in einer unternehmensinternen Fit & Proper-Leitlinie dargestellt und werden laufend weiterentwickelt.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

B.3.1 Risikomanagementsystem

Zentrale Eckpfeiler des Risikomanagementsystems sind die Risikokultur im Unternehmen, die Risikostrategie sowie der Risikomanagementprozess. Die zu erfüllenden Aufgaben und Verantwortlichkeiten werden durch die Risikomanagementorganisation in die aufbauorganisatorischen Regelungen integriert.

Die vorhandene **Risikokultur** fördert ein übergreifendes Bewusstsein für das Vorhandensein von Risiken und den offenen Umgang mit diesen.

Die **Risikostrategie** wird aus der Geschäftsstrategie der DEURAG abgeleitet und ist zu dieser konsistent. Die Risikostrategie des Unternehmens beinhaltet die Beschreibung der sich aus der Geschäftsstrategie ergebenden Risiken bezüglich ihres Einflusses auf die Finanz- und Ertragslage des Unternehmens sowie den daraus resultierenden Umgang mit den Risiken einschließlich Steuerung und Überwachung. Es ist festgelegt, dass nur solche Risiken eingegangen werden, die nicht zu einer die Existenz gefährdenden Situation für das Unternehmen führen. Dies beinhaltet insbesondere die Sicherstellung der Eigenständigkeit des Unternehmens, den Schutz der Versicherten sowie die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Risikostrategie wird jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst. Darüber hinaus sind Anlässe definiert, die eine Ad-hoc-Überprüfung erfordern, wie beispielsweise die Aktualisierung der Geschäftsstrategie oder signifikante Änderungen des Gesamtrisikoprofils. Die aktualisierte Risikostrategie wird vom Vorstand verabschiedet.

Der **Risikomanagementprozess** setzt sich aus der Risikoidentifikation, der Risikoanalyse und -bewertung, der Risikosteuerung sowie der Risikoüberwachung und -berichterstattung zusammen. Die wesentlichen Prozesse werden in internen Leitlinien definiert.

Zur Risikoidentifikation werden quartalsweise Risikoinventuren durchgeführt. Ferner findet jährlich eine Emerging Risk-Inventur statt. Bei dieser werden neu auftretende Ereignisse oder zunehmende Trends berücksichtigt, die das Geschäftsumfeld der SIGNAL IDUNA Gruppe betreffen, wobei deren Ursache nicht oder nicht direkt von der SIGNAL IDUNA Gruppe beeinflussbar sein können.

Für alle Einzelrisiken erfolgt eine Risikoanalyse und -bewertung als Teil der Risikoinventur. Die Risiken werden anhand der Eintrittswahrscheinlichkeit sowie der Schadenhöhe bewertet. Die getroffenen Maßnahmen sind zu berücksichtigen (Nettobewertung). Darüber hinaus werden die Risiken durch die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderung sowie mittels der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment, kurz: ORSA) quantitativ bewertet. In diesem ORSA-Prozess erfolgt zusätzlich eine Analyse der Veränderung des Risikoprofils und der Kapitalanforderungen über den Planungszeitraum.

Sowohl die Risikosteuerung als auch die Risikoüberwachung werden durch das Risikotragfähigkeitskonzept, das daraus abgeleitete Limitsystem, welches den Risikoappetit des Unternehmens berücksichtigt, sowie ein differenziertes Kennzahlensystem unterstützt. Die genannten Instrumente werden stetig weiterentwickelt.

Die Risikotragfähigkeit, basierend auf Eigenmitteln und der Kapitalanforderungen nach Solvency II, determiniert den maximalen Umfang der Risikoübernahme. Die darauf aufbauenden Limite sowie das implementierte Frühwarnsystem setzen die Vorgaben aus der Risikostrategie um.

Die Risikosteuerung liegt dezentral in der Verantwortung der Fachbereiche. Durch die Trennung des Eingehens von Risikopositionen und der Risikoüberwachung wird organisatorisch sichergestellt, dass keine Interessenkonflikte entstehen.

Innerhalb des Risikomanagements werden auch Planungs- und Überwachungssysteme eingesetzt, die die Verfolgung von Ziel-/Ist-Abweichungen ermöglichen. Die Überwachungssysteme und -prozesse werden kontinuierlich weiterentwickelt, um die Funktionsfähigkeit sicherzustellen. Das Risikomanagementsystem der SIGNAL IDUNA Gruppe ist zudem jährlicher Prüfungsschwerpunkt der Internen Revision.

Über die im Rahmen des Risikomanagementprozesses und der Risikoinventur als materiell eingestufte Risiken erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung an den Vorstand.

Die Risiken der DEURAG entstammen im Wesentlichen dem betriebenen Erstversicherungsgeschäft und der daraus erforderlichen Anlage und Verwaltung großer Kapitalanlagebestände.

Aus dem betriebenen Versicherungsgeschäft und den in der Geschäftsstrategie beschriebenen Schwerpunkten ergeben sich aus versicherungstechnischer Sicht insbesondere das Prämien-, Reserve-, und Stornorisiko sowie bei den Marktrisiken das Aktien-, Spread- und Konzentrationsrisiko. Weitere Erläuterungen sind in Kapitel C zu finden. Die Risiken werden durch Steuerungsmaßnahmen wie z. B. Zeichnungspolitik, Schadenmanagement sowie Optimierung der Kapitalanlagestruktur gesteuert.

Charakteristisch für das Erstversicherungsgeschäft des Unternehmens ist, dass der Fokus auf der Versicherung von Privatpersonen sowie kleinen und mittleren Gewerbeunternehmen liegt. Dadurch werden die mit Industrie und Großgewerben einhergehenden Volatilitäten vermieden.

B.3.2 Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) ist Bestandteil des Risikomanagementprozesses und somit ein Teil des Risikomanagementsystems.

Anhand des eigenen Risikoprofils des Unternehmens wird der unternehmensindividuelle Kapitalbedarf - auch Gesamtsolvenzbedarf genannt - analysiert und bewertet. Dieser Gesamtsolvenzbedarf muss durch die Eigenmittel bedeckt werden, die hierfür geeignet sind. Die Überprüfung der Eignung erfolgt im Rahmen des Kapitalmanagementprozesses.

Unter dem Risikoprofil des Unternehmens wird die Gesamtheit aller quantifizierbaren und nicht quantifizierbaren Risiken verstanden, die durch das Geschäft bedingt sind und denen das Unternehmen kurz-, mittel- und langfristig ausgesetzt ist oder sein könnte.

Zur Ermittlung des Gesamtsolvenzbedarfs verwenden wir unser Gesamtsolvenzmodell. Dieses basiert in seiner grundlegenden Methodik auf der Standardformel gemäß Solvency II. Um das Risikoprofil des Unternehmens darin zutreffend abzubilden, wird für jede Risikosubkategorie – also beispielsweise das Storno-, Aktien- oder Spreadrisiko – überprüft, ob deren Modellierung und Kalibrierung dem dazu korrespondierenden „echten“ Risiko des Unternehmens entspricht. Sofern dies verneint werden muss und die Risikosubkategorie materiell ist oder eine unternehmensspezifische Modellierung oder Kalibrierung materiellen Einfluss auf die Höhe des Gesamtsolvenzbedarfs hätte, wird eine Anpassung bzw. Neumodellierung vorgenommen. Darüber hinaus werden die in der Standardformel angenommenen und mit Hilfe von Korrelationen abgebildeten Abhängigkeiten zwischen den jeweiligen Risikosubkategorien kritisch hinterfragt.

Die so quantitativ anhand des Gesamtsolvenzbedarfs bewerteten Risiken werden in einem sogenannten Top Risk-Assessment (TRA) mit nicht explizit quantitativ bewerteten Risiken zum Gesamtrisikoprofil des Unternehmens zusammengefügt. Hierbei kommt ein Scoring-Verfahren zum Einsatz. Das Ergebnis dieses TRA ist ein Ranking der Hauptrisiken des Unternehmens, welches zu ihrer Priorisierung in den weiteren Schritten des Risikomanagementprozesses, insbesondere der Risikosteuerung, herangezogen werden kann. Nicht explizit quantitativ bewertete Risiken sind solche, die in der Standardformel vorgabegemäß pauschal berücksichtigt werden (vor allem operationelle Risiken) oder deren Auswirkungen nicht oder nur eingeschränkt durch zusätzliche Kapitalanforderungen entgegen gewirkt werden kann (Liquiditätsrisiken, andere Risiken).

Die regelmäßige unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung wird einmal jährlich durchgeführt und basiert auf dem Datenstand zum 31. Dezember des Berichtsjahres und der zum April des Folgejahres erstellten mittelfristigen Hochrechnung. Letztere ist Teil des Konzernplanungsprozesses, basiert auf der Geschäftsstrategie des Unternehmens und beinhaltet alle verabschiedeten und aus der Geschäftsstrategie abgeleiteten wesentlichen Maßnahmen.

Darüber hinaus führen gemäß dem Materialitätskonzept der SIGNAL IDUNA Gruppe materielle Änderungen des Risikoprofils sowie bedeutende Entscheidungen und Ereignisse, wie z. B. der Einstieg in neue Geschäftsbereiche, die bedeutende Änderung von Risikotoleranzschwellen, Bestandsübertragungen oder starke Veränderungen der Zusammensetzung der Vermögenswerte zur Durchführung eines nichtregelmäßigen bzw. Ad-hoc-ORSAs.

Die Verantwortung für die Durchführung des ORSA-Prozesses und die Verabschiedung der Ergebnisse liegt bei den Mitgliedern des Vorstands, die operative Durchführung bei der Risikomanagementfunktion. Der Vorstand überwacht die Durchführung kontinuierlich und ist insbesondere in die Abstimmung der Annahmen sowie die Festlegung der durchzuführenden Sensitivitätsanalysen, Stresstests und Szenariorechnungen aktiv in den Prozess involviert. Er diskutiert Ergebnisse und Zwischenergebnisse sowie die aus dem ORSA-Prozess abgeleiteten Maßnahmen, verabschiedet den ORSA-Bericht und gibt diesen für den Versand an die Aufsichtsbehörde frei.

Die aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen zur Durchführung des ORSA-Prozesses sind in der unternehmenseigenen ORSA-Leitlinie niedergelegt.

Die Ergebnisse der Berechnungen zum ORSA werden vom Vorstand für das Management des Geschäfts eingesetzt. Es erfolgt eine obligatorische Beurteilung der Auswirkungen von Beschlussvorschlägen in Vorstandsvorlagen auf die ORSA-Ergebnisse.

Darüber hinaus besteht eine Interaktion zwischen dem Risikomanagement und dem Kapitalmanagement. Auf der einen Seite kann anhand des Kapitalmanagementplans in den ORSA-Projektionsrechnungen ermittelt werden, ob ausreichende Eigenmittel sowie die notwendigen Qualitätsklassen an Eigenmittel in der Zukunft zur Verfügung stehen. Auf der anderen Seite geben die ORSA-Projektionsrechnungen Aufschluss darüber, ob die Kapitalmanagementplanung adäquat ist. Sofern die Notwendigkeit von Kapitalmaßnahmen gesehen wird, werden entsprechende Berechnungen der Eigenmittel und des Gesamtsolvenzbedarfs wie auch des aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarfs zum Stichtag und im Planungszeitraum durchgeführt.

Schließlich trägt die Überwachung der Einhaltung von Risikotoleranzschwellen (Limitsystem) pro Risikokategorie bzw. Risikosubkategorie dazu bei, jederzeit die Risikotragfähigkeit und die ausreichende Bedeckung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen wie auch des Gesamtsolvenzbedarfs mit Eigenmitteln zu gewährleisten. Auch daraus können rechtzeitig eventuelle Handlungsbedarfe im Hinblick auf das Risikomanagement (Risikoreduzierung) oder das Kapitalmanagement (Stärkung der Eigenmittelausstattung) erkannt und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden.

B.4 Internes Kontrollsystem

B.4.1 Beschreibung des internen Kontrollsystems

Entsprechend der Ausführungen des IDW PS 261 (Prüfungsstandard des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland) werden unter einem „Internen Kontrollsystem“ (IKS) die von der Unternehmensleitung im Unternehmen eingeführten Grundsätze, Verfahren und Regelungen verstanden, die auf die organisatorische Umsetzung der Entscheidungen der Unternehmensleitung zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit, zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung und zur Einhaltung der für das Unternehmen geltenden internen Regelungen sowie maßgeblichen rechtlichen Vorschriften gerichtet sind.

Das IKS ist in das Governance-System der DEURAG eingebunden und ermöglicht mit der Integration in die ersten zwei Verteidigungslinien des Modells der drei Verteidigungslinien eine systematische Herangehensweise an Risiken. Wesentliche Bausteine des IKS sind

- ein interner Kontrollrahmen,
- angemessene Melderegungen auf allen Unternehmensebenen und
- eine Compliance-Funktion zur Überwachung der Einhaltung der Anforderungen.

Der interne Kontrollrahmen setzt sich dabei zusammen aus prozessintegrierten Kontrollmaßnahmen, Präventionsmaßnahmen und Verwaltungs- und Rechnungslegungsverfahren.

Mit Aktualisierung der IKS-Leitlinie der SIGNAL IDUNA Gruppe zum 1. Dezember 2017 liegt der Fokus des IKS verstärkt auf

- prozessintegrierten Kontrollmaßnahmen,
- weiteren Präventionsmaßnahmen (beispielsweise gültige Richtlinien, Schulungen und organisatorische Sicherungsmaßnahmen) als auch
- der Dokumentation wesentlicher Geschäftsprozesse.

Aufgrund gesetzlicher Normen und externer Prüfungsvorgaben ergeben sich für das IKS insbesondere Anforderungen für den Aufbau und Ausbau einer IKS-Dokumentation der wesentlichen Geschäftsprozesse. Der Fokus liegt hierbei auf den prozessintegrierten Risiken und Kontrollmaßnahmen. Es ergibt sich die Notwendigkeit, die für das IKS als wesentlich zu klassifizierenden Prozesse hinreichend zu dokumentieren und alle geforderten Informationen auch in Verbindung zum Risikomanagementsystem jederzeit für interne oder externe Prüfungen zur Verfügung stellen zu können. Hierzu wird bei der DEURAG das Prozessmodellierungstool „ADONIS“ genutzt. Mit dieser Software erfolgt die Darstellung der wesentlichen Prozesse sowohl grafisch als auch tabellarisch. Das Projekt zur Erfassung der IKS-Prozesse in ADONIS ist noch nicht abgeschlossen.

Die IKS-Prozessdokumentation umfasst alle wesentlichen Geschäftsprozesse inklusive ihrer prozessinhärenten Risiken und Kontrollen. Die Wirksamkeit dieser internen Kontrollen wird regelmäßig durch die jeweils zuständige interne Revisionsfunktion geprüft. Die Dokumentation wird mindestens jährlich und bei Bedarf aktualisiert.

Dem Vorstand wird jährlich über Anpassungen der IKS-Dokumentation berichtet. Insbesondere Neuaufnahmen von Prozessen, Veränderungen von Prozessdokumentationen, Veränderungen der Verwaltungs- und/oder der Archivierungstätigkeiten werden hier dargestellt.

B.4.2 Beschreibung der Umsetzung der Compliance-Funktion

Zuständigkeiten

Die Compliance-Funktion der DEURAG ist zuständig für die angemessene und wirksame Ausgestaltung sowie die kontinuierliche risikoorientierte Weiterentwicklung des Compliance-Managementsystems (CMS). Verantwortliche Person für die Schlüsselfunktion ist der Compliance-Beauftragte. Für die an compliance-relevanten Prozessen beteiligten Organe und Mitarbeiter der DEURAG ist der entsprechende Handlungsrahmen in der Compliance-Leitlinie geregelt.

Aufgaben

Die Compliance-Funktion hat insbesondere

- den Vorstand und hierarchieübergreifend die Mitarbeiter in allen Fragen der Prävention und Reaktion zur Erreichung der Compliance-Ziele sowie bezüglich der Einhaltung von externen und internen Vorgaben für den Betrieb des Versicherungsgeschäfts fortlaufend zu beraten (Beratungsfunktion),
- mögliche Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfeldes für das Unternehmen zu beurteilen (Frühwarnfunktion),
- das mit der Verletzung von rechtlichen Vorgaben verbundene Compliance-Risiko zu identifizieren und zu beurteilen und somit eine regelmäßige Compliance-Risikoanalyse einschließlich Bewertung der implementierten Präventionsmaßnahmen im Hinblick auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit durchzuführen (Risikokontrollfunktion) sowie
- die Einhaltung der Compliance-Anforderungen zu überwachen (Überwachungsfunktion).

Hierzu hat sie das CMS kontinuierlich in Bezug auf seine tatsächliche Anwendung, Angemessenheit und Wirksamkeit zu überwachen und nach Maßgabe der festgestellten Compliance-Risiken konzeptionell und instrumentell fortzuentwickeln.

Die Compliance-Funktion hat weiterhin - auszugsweise - die Aufgaben,

- den Prozess der Risikoidentifizierung und -bewertung zu unterstützen,
- in allen Geschäftsprozessen der DEURAG und ihrer Tochterunternehmen auf die Erreichung der Compliance-Ziele hinzuwirken,
- als erster Ansprechpartner in allen Compliance-relevanten Fragestellungen den Mitarbeitern zur Verfügung zu stehen.

Rechte und Kompetenzen

Zur Erfüllung seiner Aufgaben verfügt der Compliance-Beauftragte über Weisungsrechte, Zugriffs- und Zutrittsrechte, Informationsrechte sowie Vetorechte.

- Weisungsrecht

In seinen Aufgabenbereichen nimmt der Compliance-Beauftragte die an ihn delegierten Compliance-Aufgaben in der DEURAG wahr. Für alle in seinen Aufgabenbereich fallende Tätigkeiten hat der Compliance-Beauftragte daher Weisungsrechte, die auch die Weisung der Compliance-Verantwortlichen bei den Funktionsstellen in Bezug auf ihre Compliance-Tätigkeiten umfassen. Sollten Sofortmaßnahmen zur Beseitigung von strafrechtlich relevanten Sachverhalten oder drohenden, erheblichen Reputationsschäden notwendig sein, kann er diese anweisen.

- Zugriff- und Zutrittsrecht, Informationsrecht

Er darf unternehmensweit die für seine Aufgabenstellung erforderlichen Informationen erheben bzw. abfragen und verfügt hierfür über alle erforderlichen Zugriffs- und Zutrittsrechte. Darüber hinaus wird er vom Vorstand und allen anderen Unternehmenseinheiten aktiv über alle Tatsachen informiert, die für seine Aufgabenerfüllung erforderlich sind bzw. sein könnten.

- Vetorecht

Der Compliance-Beauftragte verfügt des Weiteren über ein Vetorecht, wodurch er die Möglichkeit hat, einzelne geschäftliche oder vertriebliche Aktivitäten, Geschäftsbeziehungen oder individuelle Transaktionen abzulehnen, wenn einschlägige Vorschriften oder interne Vorgaben aus seiner Sicht vorübergehend oder endgültig nicht erfüllt sind. Bei Widerspruch der betreffenden Funktionsstellen bzw. Ressorts gegen Veto-Entscheidungen des Compliance-Beauftragten greift der Konfliktregelungsmechanismus.

Berichtswege

Der Compliance-Beauftragte berichtet ad hoc und mindestens jährlich dem Vorstand. Die regelmäßige Berichterstattung erfolgt aktuell nach dem Grundsatz der Proportionalität jeweils für das zurückliegende Kalenderjahr. Sie enthält die Ergebnisse der Umsetzung des Compliance-Plans und die Compliance-Risikosituation des Unternehmens.

Angaben zur Bewertung der Angemessenheit der vom Unternehmen getroffenen Maßnahmen zur Verhütung einer Non-Compliance

Die getroffenen Maßnahmen werden als angemessen zur Verhütung einer Non-Compliance bewertet. Die Maßnahmen werden laufend weiter verfeinert.

Angaben zur Häufigkeit der Überprüfung der Compliance-Politik und Angaben zu im Berichtszeitraum aufgetretenen Veränderungen der Compliance-Politik

Es findet eine mindestens jährliche Überprüfung der Compliance-Leitlinie statt. Abgeleitet aus den daraus resultierenden Ergebnissen sowie den Ergebnissen der Umsetzung des Compliance-Plans und der Risikosituation werden der Aufbau und die Einrichtung der Compliance-Funktion gegebenenfalls neu beurteilt. Änderungen der Compliance-Leitlinie werden per Beschluss des Gesamtvorstands legitimiert.

B.5 Funktion der Internen Revision

Zuständigkeiten

Die DEURAG hat die Funktion der Internen Revision konzernintern ausgegliedert. Diese Funktion wird gemäß dem internen Ausgliederungsvertrag von der Konzernrevision der SIGNAL IDUNA Gruppe wahrgenommen.

Oberstes Ziel der Internen Revision ist es, den Wert der Organisation durch risikoorientierte und objektive Prüfung, Beratung und Einblicke zu erhöhen und zu schützen (vgl. IPPF vom 12.07.2017 „Mission“).

Die Rahmenbedingungen, die für die Umsetzung der Internen Revision gelten, sind in einer Leitlinie festgelegt und durch den Vorstand verabschiedet worden. Zusammen mit dem Handbuch der Konzernrevision wird so ein Rahmen geschaffen, der die Konzernrevision zur Einhaltung einheitlicher Mindeststandards, Regeln und operativer Verfahren des Unternehmens verpflichtet.

Die Konzernrevision dient dem Schutz des Unternehmens vor Vermögensverlusten aller Art und unterstützt den Vorstand bei der Umsetzung seiner Vermögensbetreuungspflicht. Weiterhin unterstützt die Konzernrevision die Steuerung des Unternehmens und trägt somit zur Erreichung der Unternehmensziele bei.

Aufgaben

Die Funktion Interne Revision wird durch die Konzernrevision nach der Definition des DIIR/IIA und der EIOPA-Leitlinien wahrgenommen. Die Konzernrevision prüft und beurteilt unter Berücksichtigung des Umfangs und des Risikogehalts insbesondere

- die Funktionsfähigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit des durch die Fachbereiche im Auftrag des Konzernvorstands eingerichteten Internen Kontrollsystems und aller anderen Elemente des Governance-Systems,
- die Anwendung, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit der Risikomanagementsysteme und des Anweisungs- und Informationswesens,
- die Grundlagen (Datenbasis) für die wesentlichen Entscheidungsprozesse und das interne Berichtswesen,
- die Einhaltung gesetzlicher, aufsichtsrechtlicher und betrieblicher Vorgaben sowie die Umsetzung der Unternehmens- beziehungsweise Vorstandsentscheidungen und
- die Wahrnehmung der Führungsverantwortung im Sinne der Unternehmensleitung.

Die Betrachtung der Kosten und der Wirtschaftlichkeit ist grundsätzlich – neben den Risiken (Risikobetrachtung und -analyse) – Bestandteil der Prüfungshandlungen gemäß den beruflichen Standards.

Ihre Aufgaben übt die Konzernrevision durch planmäßige, risikoorientierte Prüfungen (ex-post und ex-ante) der Aufbau- und Ablauforganisation und des IKS aller Betriebs- und Geschäftsprozesse aus. Sie resultieren aus der risikoorientierten Jahres- bzw. Mehrjahresplanung, die eine zeitnahe Identifizierung von Schwachstellen der internen Kontrollsysteme und Mängel der Betriebssysteme gewährleistet. Der Jahresprüfungsplan wird vom Vorstand genehmigt.

Neben der Prüfungs- und Beratungstätigkeit übernimmt die Konzernrevision die Koordination bzw. Aufklärung anlässlich möglicher doloser Handlungen von Mitarbeitern bzw. von Vertriebspartnern. Im Rahmen der Fraud-Bearbeitung kann die Konzernrevision Sonderprüfungen ansetzen, wenn eine akute Risikogefährdung vorliegt bzw. dringender Handlungsbedarf besteht.

Die Konzernrevision überwacht die Umsetzung vereinbarter Maßnahmen und die Beseitigung festgestellter Mängel. Die Verantwortung für die inhaltliche und termingerechte Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen trägt der jeweils als zuständig benannte Bereich. Die Konzernrevision ist verantwortlich für die nachvollziehbare Überwachung der Beseitigung der bei der Prüfung festgestellten Mängel und die Verifizierung der Umsetzung verbindlich vereinbarter Maßnahmen.

Soweit aus Sicht der Konzernrevision ihre Unabhängigkeit und Objektivität gewährleistet ist, kann sie im Rahmen ihrer Aufgaben für die Geschäftsleitung oder andere Organisationseinheiten der SIGNAL IDUNA Gruppe beratend tätig sein. Die Konzernrevision erbringt Beratungsleistungen regelmäßig in Form von Kommentierungen und Abstimmungen von Vorstandsvorlagen, Anweisungen und Leitlinien sowie im Rahmen von Unterstützungsleistungen bei Projekten.

Rechte und Kompetenzen

Die Konzernrevision bestimmt Gegenstand, Umfang, Art und Zeit der Prüfungen grundsätzlich nach Risikogesichtspunkten unter Gesamtberücksichtigung des Umfangs der Geschäftstätigkeit selbstständig und unabhängig. Das VAG sieht vor, dass die Interne Revision „objektiv und unabhängig von anderen betrieblichen Funktionen“ sein soll.

Diese Anforderungen decken sich mit folgenden Grundsätzen der Revisionstätigkeit, nach denen die Konzernrevision ihre Tätigkeit wahrnimmt:

- Grundsatz der Unabhängigkeit
- Grundsatz der Objektivität
- Grundsatz des vollständigen Informations- und Prüfungsrechts
- Grundsatz der Vertraulichkeit
- Grundsatz der Fachkompetenz

Berichtswesen

Die Konzernrevision berichtet grundsätzlich an den Vorstand. Die Ergebnisse der Prüfungstätigkeit werden in Form von Revisionsberichten oder Aktenvermerken dokumentiert. Darüber hinaus informiert die Konzernrevision über ihre Tätigkeit im Rahmen von Regelberichten und Sonderberichten. Die Prüfungsfeststellungen werden nach einer festgelegten Systematik einzeln bewertet. Wesentliche Mängel werden gesondert herausgestellt. Bei Vorliegen schwerwiegender oder besonders schwerwiegender Mängel wird der Vorstand unverzüglich informiert.

Zum Quartalsende wird eine Erfolgskontrolle für den Vorstand erstellt, die eine Übersicht über den jeweiligen Erfüllungsgrad der ursprünglichen Jahresplanung enthält.

Der Vorstand erhält außerdem einmal jährlich eine Auswertung über den Umsetzungsstand der noch offenen Maßnahmen zu einem Stichtag. Die Auswertung enthält neben den offenen Maßnahmen, die aus Prüfungen der Konzernrevision resultieren, auch sämtliche offenen Maßnahmen der Tochterunternehmen mit eigener Revision und stellt insbesondere solche Maßnahmen dar, deren Umsetzungstermin überschritten wurde. Die Auswertung ist Gegenstand der Vorstandsbefassung.

Über die im Geschäftsjahr durchgeführten Prüfungen sowie deren Ergebnisse erstellt die Konzernrevision nach Jahresablauf einen Bericht für den Vorstand. Der Bericht enthält u. a. neben der Anzahl der durchgeführten Prüfungen die „wesentlichen“, „schwerwiegenden“ und „besonders schwerwiegenden“ Feststellungen der Konzernrevision im Berichtszeitraum (abgelaufenes Geschäftsjahr) sowie die ergriffenen Maßnahmen und den Stand der Mängelbeseitigung. Zudem werden auch die geplanten Prüfungsthemen des laufenden Geschäftsjahres berichtet.

Der Aufsichtsrat wird über die Tätigkeiten der Konzernrevision im abgelaufenen Geschäftsjahr sowie die durchgeführten Prüfungen/Prüfungsergebnisse, den Stand der Maßnahmenumsetzung durch den Vorstand informiert.

Außerhalb der periodischen Berichterstattung kann bei Bedarf (z. B. bei Verstößen gegen aufsichtsrechtliche oder gesetzliche Anforderungen) eine unverzügliche Berichterstattung an den Vorstand erfolgen.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Zuständigkeiten

Die DEURAG hat diese Funktion konzernintern ausgegliedert. Der Inhaber der Versicherungsmathematischen Funktion (VMF) ist zuständig für die Koordinierung und Validierung der Berechnungen versicherungstechnischer Rückstellungen für Zwecke von Solvency II. Er nimmt damit eine der vier von Solvency II definierten Schlüsselfunktionen wahr.

Aufgaben

Die wesentlichen Aufgaben der VMF sind:

- Koordinierung der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen
- Angemessenheit der verwendeten Methoden und der zugrunde liegenden Modelle sowie der getroffenen Annahmen zu gewährleisten
- die Bewertung der Hinlänglichkeit und der Qualität der Daten, die bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen zugrunde gelegt werden
- Formulierung einer Stellungnahme zur generellen Zeichnungs- und Annahmepolitik
- Formulierung einer Stellungnahme zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen
- Unterrichtung des Vorstands über die Verlässlichkeit und Angemessenheit der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen ergeben sich aus den vom Unternehmen eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen und sind ein zentraler Bestandteil von Solvency II. Da es keinen aktiven Markt für Versicherungsverpflichtungen gibt, kann die Ermittlung von Rückstellungen lediglich auf der Basis von Modellen erfolgen. Die Versicherungsmathematische Funktion hat sicherzustellen, dass die genutzten Modelle angemessen sind und die Berechnungen auf der Basis qualitätsgesicherter Datenbestände erfolgen.

Rechte und Kompetenzen

Die VMF der DEURAG bestimmt Gegenstand, Umfang, Art und Zeit der Prüfungen im Rahmen der festgelegten Aufgaben grundsätzlich nach Risikogesichtspunkten unter Gesamtberücksichtigung des Umfangs der Geschäftstätigkeit selbstständig und unabhängig.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben wurden folgende Grundsätze sowie Rechte und Kompetenzen festgelegt:

- Zugriffs- und Zutrittsrecht, Informationsrecht
Um ihre Aufgabe wahrnehmen zu können, verfügt die VMF über alle hierfür erforderlichen Zugriffs- und Zutrittsrechte. Sie hat das Recht, alle erforderlichen Informationen anzufordern
- Grundsatz der Unabhängigkeit und der Vermeidung von Interessenskonflikten
Die VMF muss in ihren Handlungen und Bewertungen unabhängig und frei von Interessenskonflikten agieren können. Dies ist durch die Ausgestaltung der Funktion sichergestellt
- Grundsatz der Eignung und der Fachkompetenz
Die VMF muss fachlich geeignet und persönlich zuverlässig sein, um ihre Tätigkeit im Sinne von Solvency II ausüben zu können. Daher müssen die Mitglieder der Funktion die Anforderungen der Fit & Proper-Leitlinie erfüllen.

Berichtswesen

Die VMF verfasst einen jährlichen Bericht an die Geschäftsleitung der DEURAG. Diese Berichterstattung ist so ausgestaltet, dass die VMF ihren Bericht zunächst dem Ausgliederungsbeauftragten übermittelt. Dieser kann den Bericht im Rahmen seiner Überwachungsfunktion ergänzen bzw. kommentieren und leitet ihn dann an den Vorstand weiter.

Neben der Darstellung der Wahrnehmung ihrer Aufgaben kann die VMF bei Bedarf auch Empfehlungen abgeben. Sofern in den Vorjahren Empfehlungen ausgesprochen worden sind, ist auch die Nachverfolgung der Empfehlungen Inhalt des Berichts.

B.7 Outsourcing

Die DEURAG hat für wesentliche Geschäftsprozesse grundsätzlich eine eigene Aufbau- und Ablauforganisation eingerichtet. Eine Ausgliederung von Funktionen oder Versicherungstätigkeiten wird im Vorfeld auf Basis einer detaillierten Risikoanalyse bewertet. Für wichtige Ausgliederungen wird ein detaillierter Due Diligence Prozess durchgeführt und zusätzlich wird bei der Ausgliederung von Schlüsselfunktionen und wichtigen Funktionen ein Ausgliederungsbeauftragter benannt.

Die Letztverantwortung des Vorstands für die ausgegliederte Funktion oder Versicherungstätigkeit bleibt immer bestehen, auch im Falle von Subdelegationen oder bei einer gruppeninternen Ausgliederung. Für bestehende Ausgliederungen ist ein laufender Monitoringprozess eingerichtet.

Die DEURAG hat zwei Schlüsselfunktionen, die Interne Revision und die versicherungsmathematische Funktion, konzernintern auf die IDUNA Leben ausgegliedert. Für die Überwachung der Umsetzung der Governance-Funktionen bei der IDUNA Leben als Dienstleister wurden Ausgliederungsbeauftragte benannt.

Die DEURAG hat wichtige Tätigkeiten im Bereich der Vermögensanlage auf konzerninterne Unternehmen ausgegliedert:

- SIGNAL IDUNA Asset Management GmbH, Hamburg (Vermögensverwaltung im Bereich des Front-Office des Kapitalanlagen),
- IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG (Vermögensverwaltung im Bereich des Back- und Middle-Office der Kapitalanlagen).

Es bestehen folgende weiteren wichtigen Ausgliederungen:

- Die Leistungsbearbeitung ist auf die RSS Rechtsschutz-Serice-GmbH ausgegliedert. Die RSS GmbH ist eine Tochtergesellschaft der DEURAG.
- Die Elektronische Datenverarbeitung ist auf die ITC Consult GmbH ausgegliedert. Die ITC GmbH ist eine Tochtergesellschaft der DEURAG.

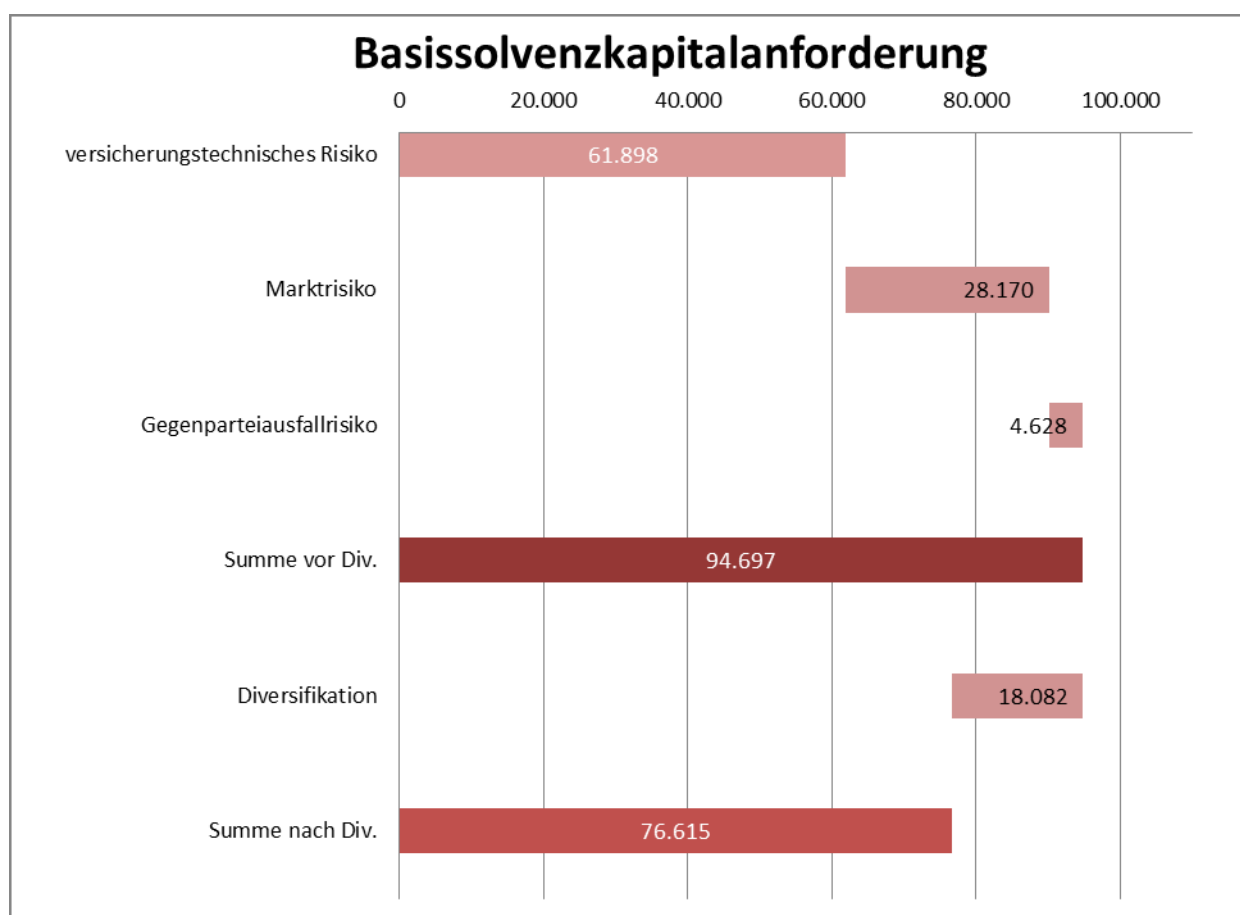
B.8 Sonstige Angaben

Weitere wesentliche Informationen liegen nicht vor.

C. Risikoprofil

Zur Bewertung der Risiken wird das aufsichtsrechtliche Solvenz- bzw. Risikokapital für einzelne Risikokategorien unter Anwendung der Standardformel gemäß Solvency II berechnet. Innerhalb dieser Risikokategorien sowie zwischen den einzelnen Risikokategorien erfolgt eine Aggregation mit vorgegebenen Korrelationen.

Das versicherungstechnische Risiko, das Markt- und das Ausfallrisiko werden im ersten Schritt unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zur Basissolvenzkapitalanforderung (BSCR) aggregiert. Die nachfolgende Grafik veranschaulicht das BSCR in Tausend Euro.



Für weiterführende Details zur Basissolvenzkapitalanforderung wird auf die Anlage (S.25.01.02.01) verwiesen.

Durch Addition des operationalen Risikos und Berücksichtigung der Verlustausgleichsfähigkeit durch die versicherungstechnischen Rückstellungen sowie aus latenten Steuern ergibt sich im zweiten Schritt die Solvenzkapitalanforderung. Für weiterführende Details zur Solvenzkapitalanforderung wird auf das Kapitel E.2.1 verwiesen.

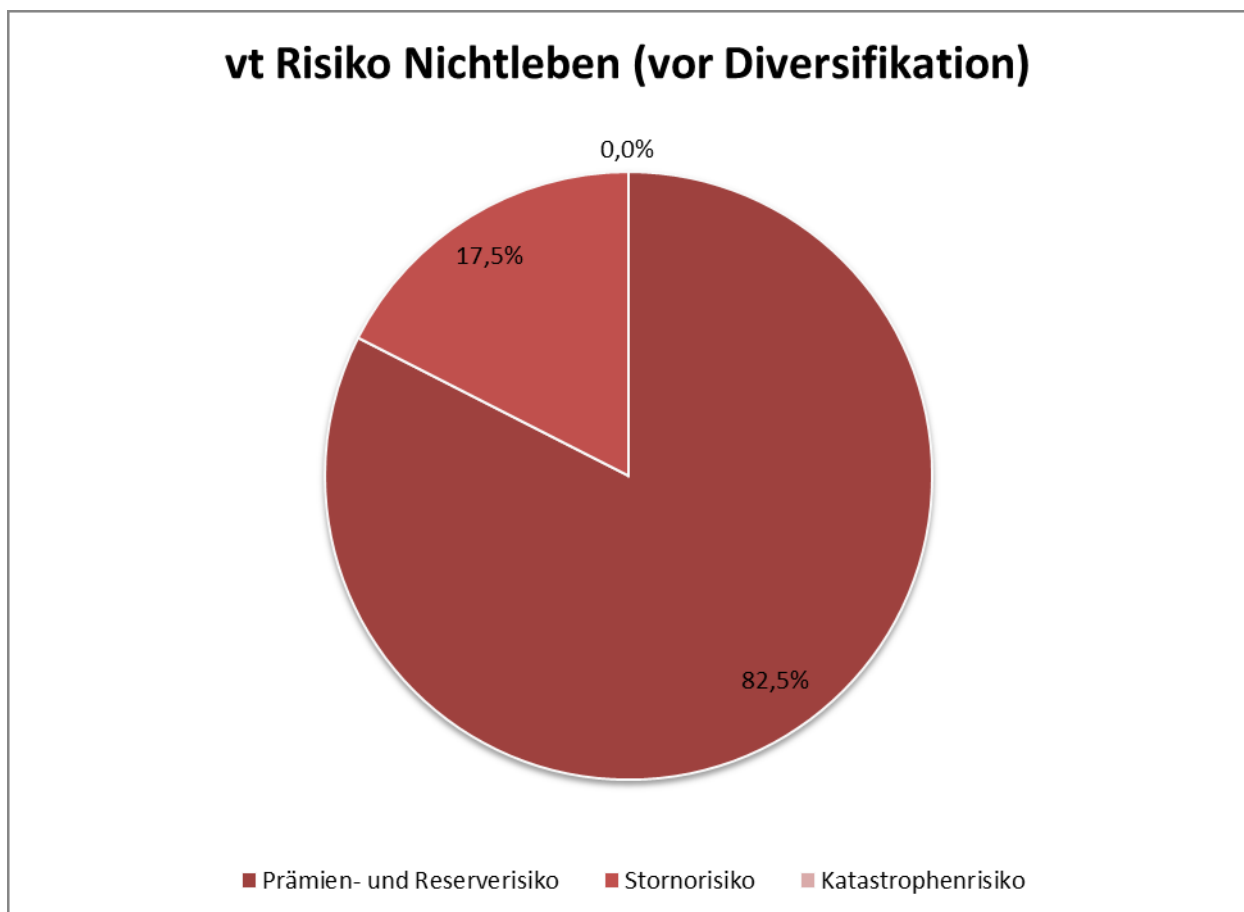
Für Risiken, die nicht über die o.g. Verfahren quantitativ bewertet werden können, wird eine qualitative Beurteilung vorgenommen.

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

Zum versicherungstechnischen Risiko gehören Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Bereitstellung des Versicherungsschutzes stehen. Es handelt sich um das Risiko, dass bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht bzw. das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Verbindlichkeiten, das sich aus einer unangemessenen Preisfestlegung und nicht angemessenen Rückstellungsannahmen ergibt.

Das versicherungstechnische Risiko der DEURAG setzt sich vollständig aus dem nichtlebensversicherungstechnischen Risiko zusammen.

Nachfolgend werden die wesentlichen Risikosubkategorien innerhalb des versicherungstechnischen Risikos der Nichtlebensversicherung dargestellt.



Das **Prämienrisiko** als wesentlichstes Risiko der DEURAG bezeichnet das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Verbindlichkeiten, das sich aus Schwankungen in Bezug auf das Eintreten, die Häufigkeit und die Schwere der zukünftigen versicherten Ereignisse ergibt. Das Prämienrisiko wird durch eine risikogerechte Differenzierung des Tarifs, eine auskömmliche Tarifierung, die Einrechnung eines Sicherheitszuschlags in die Prämie, Risikoprüfungen, Annahmerichtlinien, Sanierungen, Produktcontrolling und angemessene Rückversicherungsmaßnahmen begrenzt.

Neben dem Prämienrisiko spielt das **Reserverisiko** eine wesentliche Rolle. Dies wird definiert als Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Verbindlichkeiten, das sich aus Schwankungen in Bezug auf die Abwicklung eingetretener Schäden ergibt. Das Risikopotenzial wird dadurch begrenzt, dass die Abwicklung eingetretener Schäden laufend verfolgt wird und die daraus gewonnenen Erkenntnisse für die aktuellen Schätzungen der endgültigen Schadenaufwendungen berücksichtigt werden. Für die Berechnung des Rückstellungsrisikos wurde bei der DEURAG der Standardrisikofaktor durch einen unternehmensspezifischen Parameter ersetzt (siehe Kapitel E.2.4).

Das Prämien- und Rückstellungsrisiko wird zu einer Risikosubkategorie zusammengefasst, die mit einem Anteil von rd. 83 % vor Diversifikation die größte Risikosubkategorie im nichtlebensversicherungstechnischen Risiko darstellt.

Das **Stornorisiko** bezeichnet das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Verbindlichkeiten, das sich aus Veränderungen in der Höhe oder in der Volatilität der Storno-, Unterbrechungs- und Verlängerungsraten von Versicherungspolice ergibt. Die Überwachung des Stornorisikos erfolgt durch eine laufende Beobachtung der Bestandsentwicklung mit Hilfe diverser Berichte. Darüber hinaus existieren zur Steuerung des Risikos Maßnahmen wie die Stornorückgewinnung oder die Verbesserung von Serviceleistungen für den Kunden.

Ein weiteres Submodul des versicherungstechnischen Risikos in der Standardformel ist das Katastrophenrisiko aus Naturgefahren und sonstigen Kumulereignissen. Diese Risiken sind für die Sparte Rechtsschutzversicherung nicht vorhanden.

Wesentliche Risikominderungstechniken für das versicherungstechnische Risiko sind die Zeichnungspolitik, die sich in den Annahmerichtlinien des Unternehmens widerspiegelt und Ausschlussstatbestände in den Allgemeinen Rechtsschutzbedingungen. Dadurch werden Risiken vermieden, die das Unternehmen nicht tragen möchte oder die nicht tragbar wären.

Unsere Prämienpolitik hat die Bestimmung von korrekten und auskömmlichen Prämien der Versicherungsprodukte zur Bedeckung der anfallenden Schäden des Kollektivs zum Ziel, um langfristig versicherungstechnische Gewinne zu sichern.

Das Unternehmen hat ein System zur Steuerung und Überwachung der Bestandsentwicklung und der Bestandsqualität implementiert.

Das Schadenmanagement minimiert die Schadenbelastung der angefallenen Schäden durch eine effiziente Bearbeitung und Steuerung der Schadenabwicklung, um die Wahrscheinlichkeit von versicherungstechnischen Verlusten zu reduzieren.

Die vorsichtige Rückstellungsbildung verhindert, dass zukünftig Abwicklungsverluste entstehen.

Um die Abweichung der tatsächlichen Schadenbelastung von dem Erwartungswert zu reduzieren, sind in den Allgemeinen Rechtsschutzbedingungen Prämienanpassungsoptionen enthalten.

Es erfolgt regelmäßig eine Überprüfung von Rückversicherungslösungen. Für das Berichtsjahr liegt für die DEURAG kein aktiver Rückversicherungsvertrag vor.

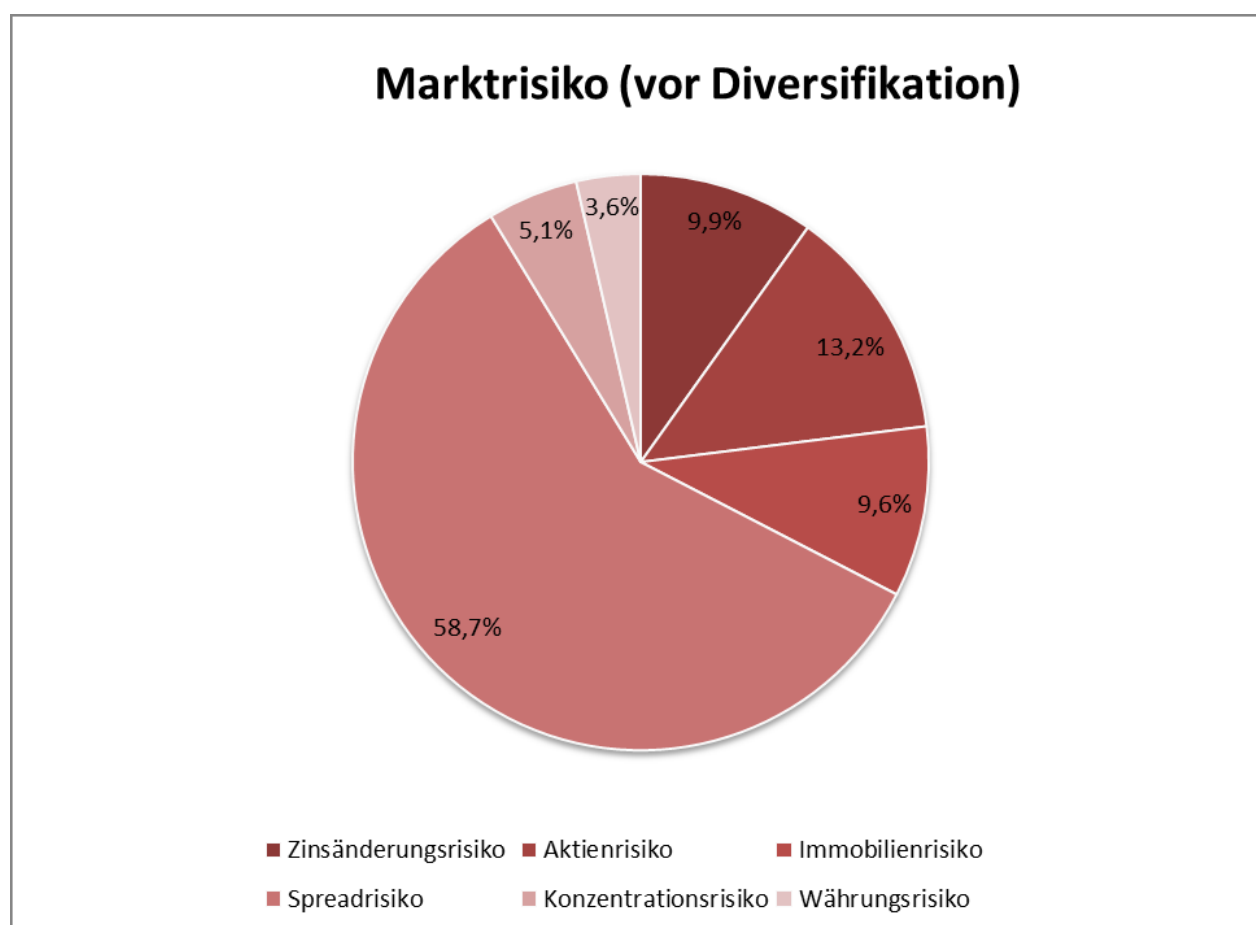
Die Wirksamkeit der definierten Steuerungsmaßnahmen wird über ein übergreifendes Monitoring sichergestellt. Die monatliche Regelberichterstattung schafft Transparenz in allen risikorelevanten Perspektiven.

Um die Wirkungsweise der Risiken besser zu verstehen, führt die DEURAG Analysen der Berechnungsergebnisse durch. Dabei finden z. B. Sensitivitäts- oder Szenariorechnungen Verwendung. Für das versicherungstechnische Risiko wurde eine gleichzeitige Variation des Prämien- und Reserverisikos betrachtet. Dabei wurde eine relative Veränderung der Risikofaktoren um + 15 % angesetzt. Das Gesamt-SCR stieg aufgrund von Diversifikations- und Absorptionseffekten unterproportional im Vergleich zu dem einzelnen versicherungstechnischen Risiko an. Insgesamt zeigt sich, dass die Veränderung der variierten Parameter einen wesentlichen Einfluss auf das SCR hat. Dennoch wäre auch bei Eintritt des beschriebenen Szenarios die Bedeckung der DEURAG sicher gegeben.

C. 2 Marktrisiko

Das Marktrisiko bezeichnet das Risiko, das sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt.

Das Marktrisiko besteht ebenfalls aus verschiedenen Risikosubkategorien. Die nachfolgende Grafik veranschaulicht die Zusammensetzung der einzelnen Risikosubkategorien (vor Diversifikation):



Die wesentlichen Subkategorien zum 31. Dezember 2017 für die DEURAG werden im Folgenden kurz erläutert.

Die wesentlichste Subkategorie im Marktrisiko der DEURAG ist das **Spreadrisiko** mit einem relativen Anteil von 58,7 %. Dies bezeichnet das Risiko von Verlusten aus der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität

der Kreditspreads über der risikofreien Zinskurve. Im Rahmen der Bewertung des Spreadrisikos werden die Auswirkungen der Änderungen von Kreditspreads gegenüber dem risikolosen Zins auf den Marktwert von Kapitalanlagen analysiert. Die Veränderung der Kreditspreads resultiert aus Bonitätsänderungen der Schuldner sowie Veränderungen der Liquidität und somit der Handelbarkeit der Kapitalanlage. Das Risiko besteht im Wertverfall eines Kredits bzw. in der Möglichkeit, dass sich Verluste in Form von Kreditausfällen oder Ertragsausfällen ergeben.

Das **Zinsänderungsrisiko** als weiteres wesentliches Risiko hat einen relativen Anteil von 9,9 %. Es besteht für alle Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente, deren Marktwert auf eine Änderung der risikofreien Zinskurve reagiert oder für die Verluste durch die Volatilität der Zinssätze entstehen. Neben Marktwertverlusten durch einen Zinsanstieg ergibt sich auch das Wiederanlagerisiko daraus, dass die Zinserträge bei der Neuanlage in Niedrigzinsphasen langfristig niedriger ausfallen als erwartet.

Das **Aktienrisiko** hat einen relativen Anteil von 13,2 %. Als Aktienrisiko wird das Risiko von Verlusten aus der Sensitivität der Werte von Vermögen, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumenten in Bezug auf Veränderungen in der Höhe oder bei der Volatilität der Marktpreise von Aktien bezeichnet.

Das **Konzentrationsrisiko** hat einen relativen Anteil von 5,1 %. Es beschreibt zusätzliche Risiken, die entweder durch eine mangelnde Diversifikation des Anlageportfolios oder durch eine hohe Exponierung gegenüber dem Ausfallrisiko eines einzelnen Wertpapieremittenten oder einer Gruppe verbundener Emittenten bedingt sind. Das Konzentrationsrisiko der DEURAG zum 31. Dezember 2017 ergibt sich überwiegend aus Investments bei europäischen Kreditinstituten aus dem Investment Grade Bereich.

Das **Immobilienrisiko** der DEURAG hat einen relativen Anteil von 9,6 %. Es beschreibt das Risiko aus einem möglichen Wertverlust von eigen- oder fremdgenutzten Grundstücken und Gebäuden.

Die Ausrichtung der Kapitalanlagepolitik erfolgt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Gesellschaft. Sie berücksichtigt die Verpflichtungsstrukturen der versicherungstechnischen Passiva und basiert auf kurz-, mittel- und langfristigen Einschätzungen der Renditeerwartungen und Risiken in den relevanten Kapitalmarktsegmenten. Es werden nur Risiken eingegangen, die hinsichtlich ihrer Auswirkungen eingeschätzt werden können und für deren Steuerung über das erforderliche Know-how sowie die erforderlichen Methoden verfügt wird.

Der Diversifikationseffekt im Marktrisiko liegt bei der DEURAG bei rd. 23 %.

Zur Risikominderung von Marktrisiken werden bewährte Verfahren angewandt. So werden Kurs- und Währungsrisiken mittels Futures, Optionen und Devisentermingeschäften abgesichert. Das Zinsrisiko wird über Durationsanalysen gesteuert. Die Steuerung des Spreadrisikos erfolgt im Rahmen eines mehrstufigen Prozesses. Die Anlage erfolgt grundsätzlich auf Basis eines definierten Emittentenuniversums. Die betreffenden Emittenten werden vor Aufnahme einem intensiven Prüfungsprozess unterworfen. Diese Einschätzung wird im weiteren Verlauf regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Emittenten, die aufgrund einer negativen Einschätzung aktuell für die Neuanlage gesperrt sind oder unter besonderer Beobachtung stehen, werden auf eine Watchlist gesetzt. Die Steuerung der Marktrisikokonzentration erfolgt über die Vergabe von Limiten für die jeweiligen Emittenten und Anlagesegmente, deren Einhaltung kontinuierlich überwacht wird.

Für das Marktrisiko wurden Sensitivitäten zum Zins- und Marktrisiko als Ganzes durchgeführt.

Für das Zinsrisiko werden die Auswirkungen eines Rückgangs des Zinsniveaus untersucht. Bei dieser Sensitivität wird die risikofreie Zinsstrukturkurve für Laufzeiten bis 20 Jahre um - 50 Basispunkte parallel verschoben. Die Zinsstrukturkurve stellt eine wesentliche Berechnungsannahme bei der Risikobeurteilung dar. Eine Variation dieser Kurve kann sich sowohl auf die Eigenmittel als auch auf die

Basissolvenzkapitalanforderung auswirken. Die Analyse der Ergebnisse zeigt nur eine geringe Auswirkung des veränderten Zinsniveaus auf die Bedeckungsquote der DEURAG. Diese sinkt um rund 2,6 %-Punkte. Das SCR des Marktrisikos steigt um 729 TEUR, das gesamte SCR um rund 0,5 %-Punkte bzw. 364 TEUR. Diese Sensitivitätsberechnung unterstreicht die geringe Abhängigkeit der DEURAG von Veränderungen des Zinsumfeldes.

Zur Untersuchung der Bedeutung des Marktrisiko für die DEURAG wird das Marktrisiko um + 15 % relativ erhöht. Durch diese Variation steigt die Solvenzkapitalanforderung für das Marktrisiko um 4.418 TEUR und das gesamte SCR um 2.664 TEUR an. Die Bedeckungsquote der DEURAG reduziert sich um rund 4,5 %-Punkte. Auch die Sensitivitätsanalyse zum Marktrisiko zeigt nur eine geringe Abhängigkeit von veränderten Marktrisiken.

C.3 Kreditrisiko (= Ausfallrisiko)

Das Gegenparteiausfallrisiko trägt möglichen Verlusten Rechnung, die sich aus einem unerwarteten Ausfall oder der Verschlechterung der Bonität von Gegenparteien und Schuldern von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen ergeben.

Das Gegenparteiausfallrisiko berücksichtigt die risikomindernden Verträge wie Rückversicherungsvereinbarungen, Verbriefungen und Derivate sowie Forderungen gegenüber Vermittlern und alle sonstigen Kreditrisiken, die im Spreadrisiko nicht abgedeckt sind.

Das Gegenparteiausfallrisiko der DEURAG beträgt gemäß den Berechnungen nach der Standardformel 4.643 TEUR.

Zur Risikominderung im Bereich Kapitalanlagen werden Limite definiert und laufend überwacht. Darüber hinaus wird das Risiko durch die Einbringung von Sicherheiten durch den Schuldner gesteuert.

Das sich aus bestehenden Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern ergebende Ausfallrisiko wird beispielsweise durch die Umsetzung der gesetzlichen Regelungen zur Provisionsstornohaftung sowie durch die Tatsache gemildert, dass ausstehende Forderungen gegenüber Vermittlern mit zukünftig entstehenden Provisionsansprüchen der betroffenen Vermittler verrechnet werden können.

Das Risiko des Ausfalls von Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern wird beispielsweise durch eine vorvertragliche Prüfung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unserer Vertragspartner gemildert.

Aufgrund der untergeordneten Bedeutung des Ausfallrisikos sind keine Stresstests und Sensitivitätsanalysen durchgeführt worden.

C.4 Liquiditätsrisiko

Primäres Ziel der Steuerung der Liquiditätsrisiken ist die Sicherstellung der notwendigen Liquidität unter Wahrung der Rentabilität mittels geeigneter Instrumente und effizienter Prozesse. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben obliegt der Finanzplanung, dem Cashmanagement sowie dem Anlageprozess der freien Liquidität unter Einbindung des Asset Managements und des Kapitalanlagencontrollings.

Die Steuerung der Liquiditätsrisiken bezieht sich auf kurz- und mittelfristige Risiken. Kurzfristig bedeutet in diesem Zusammenhang die Tages-, Monats- und Jahressicht. Mittelfristig beinhaltet einen Zeitraum von in der Regel zwischen einem und vier Jahren (Geschäftsjahr + drei Planjahre) bis hin zu maximal sechs Jahren (Geschäftsjahr + fünf Planjahre).

Darüber hinausgehende Zeiträume werden in Form von mittel- bis langfristigen Szenarien durch den ALM-Prozess abgedeckt.

Die gesamte Liquiditätssituation wird im Betrachtungszeitraum bei der DEURAG als unkritisch beurteilt.

C.5 Operationelles Risiko

Operationelle Risiken beschreiben das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern und Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt. Sie betreffen die Qualität und Effizienz der Organisation, der funktionalen Abläufe, des Personals, der Technik und der Kontrolle. Das Rechtsrisiko ist ein Bestandteil des operationellen Risikos.

Zur weiteren Verbesserung einer nachvollziehbaren, effizienten und wirksamen Steuerung von im Geschäftsbetrieb existierenden operationellen Risiken wird das Interne Kontrollsystem stetig weiterentwickelt.

Da in der SIGNAL IDUNA Gruppe alle wesentlichen Geschäftsprozesse und Aufgaben durch Informationstechnik (IT) unterstützt werden, liegt hier ein besonderer Schwerpunkt in der Betrachtung der operationellen Risiken.

IT-Risiken umfassen alle IT-bezogenen Risiken, die aus dem Eigentum, dem Betrieb, der Nutzung sowie bei Änderungen von Informationstechnologie entstehen.

Einem möglichen Ausfall der IT-Systeme wird mit geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen entgegengewirkt. Zentrale Elemente sind beispielhaft der Betrieb eines Sekundär-Rechenzentrums, die Durchführung umfangreicher Datensicherungen und -spiegelungen, maschinelle Überwachung der Systeme auf allen Ebenen, Bereitschaftsregelungen sowie Wartungsverträge mit den verschiedenen Anbietern von Hard- und Software. Den Risiken aus dem Ausfall von IT-Systemen ist als grundlegende Maßnahme das Redundanzprinzip entgegengestellt, was konkret bedeutet, dass jede beschaffte Hardware in sich redundant und ausfallsicher konfiguriert ist, wichtige Komponenten mehrfach existieren und mehrfach betriebsbereit verfügbar sind. Alle Systeme werden maschinell überwacht.

Zum Schutz der Daten vor unberechtigtem Zugriff und Manipulation sind angemessene technische und organisatorische Vorkehrungen getroffen worden – z. B. durch die Installation von Firewall-Systemen (Trennung vom öffentlichen Netz), Virenscannern, Verschlüsselungen, abgesicherten Verbindungen (z. B. zu den Filialdirektionen und den außerbetrieblichen Arbeitsplätzen) und die Nutzung von Authentifizierungssystemen.

Die Eignung der beschriebenen Vorkehrungen wird regelmäßig, z. B. im Rahmen von Notfallübungen oder Penetrationstests, überprüft und bewertet.

Um für die gestiegenen zukünftigen Herausforderungen gewappnet zu sein, erhalten die Mitarbeiter die notwendigen Fähigkeiten durch kontinuierliche Angebote zur Weiterentwicklung sowie ein professionelles Kompetenzmanagement.

Die Einhaltung der gesetzlichen, regulatorischen oder internen Normen wird durch die Umsetzung präventiver Maßnahmen unterstützt. Grundlage des rechtskonformen Verhaltens aller Mitarbeiter ist ein Verhaltenskodex der DEURAG.

Das **Compliance-Risiko** ist definiert als Auswirkungen aus dem Verstoß gegen die Einhaltung der zu beachtenden Gesetze und Verordnungen, aufsichtsbehördlichen Anforderungen sowie sonstigen internen

und externen Vorgaben und Standards. Diese Auswirkungen umfassen finanzielle Schäden, Sanktionen der Aufsichts- und Ermittlungsbehörden, Reputationsschäden und Haftungstatbestände der Organmitglieder. Die Einhaltung der zu beachtenden Gesetze und Verordnungen, aufsichtsbehördlichen Anforderungen sowie sonstigen internen und externen Vorgaben und Standards wird durch die Umsetzung umfassender präventiver Maßnahmen (z. B. Rechtsmonitoring und Compliance-Risikoanalyse) unterstützt. Grundlage des rechtskonformen Verhaltens aller Mitarbeitenden sind der Compliance-Kodex der SIGNAL IDUNA Gruppe, Compliance-Schulungen sowie umfassende interne Richtlinien und Anweisungen.

Das **Rechtsrisiko** bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von Änderungen des durch die Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens sowie durch Änderungen in der Gesetzgebung.

Das Unternehmen ist von gesetzlichen Änderungen, wie z. B. neuer Datenschutzanforderungen (EU-Datenschutzgrundverordnung) und der neuen EU-Versicherungsvertriebsrichtlinie (IDD, Insurance Distribution Directive), betroffen. Zur Umsetzung der neuen rechtlichen Vorgaben wurden Projekte initiiert, die alle notwendigen Maßnahmen erarbeiten.

Zur Begegnung von Compliance- und Rechtsrisiken wird eine regelmäßige Beobachtung des Rechtsraumes durchgeführt. Mögliche Rechtsänderungen werden zeitnah an die jeweils relevanten Geschäftsprozessverantwortlichen herangebracht. Dadurch kann geprüft werden, ob ggf. Maßnahmen zur Anpassung der bestehenden Geschäftsprozesse getroffen werden müssen, um der festgestellten Rechtsänderung zu entsprechen. So kann einem auch ungewollten Verstoß gegen die aktuelle Rechtslage vorgebeugt werden.

Für die wesentlichen **Prozesse** der SIGNAL IDUNA Gruppe werden Prozessdokumentationen erstellt, die jeweiligen prozessrelevanten Risiken identifiziert und entsprechende risikomindernde/-vermeidende Kontrollmaßnahmen durch den prozessverantwortlichen Bereich aufgesetzt. Kontrollmaßnahmen können vor- oder nachgelagert zum Prozess greifen, präventiver oder detektiver Art sein sowie automatisiert, teilautomatisiert oder manuell ablaufen.

Risikosensitivitäten wurden bisher im Rahmen operationeller Risiken nicht betrachtet.

C.6 Andere wesentliche Risiken

Bei den anderen wesentlichen Risiken handelt es sich nach unserer Definition um Risikosubkategorien, die fachlich keiner anderen Risikokategorie zugeordnet werden können. Die anderen wesentlichen Risiken umfassen das Reputationsrisiko, das Neugeschäftsrisiko und das strategische Risiko.

Das **Reputationsrisiko** ist das Risiko, das sich aus einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (z. B. bei Kunden, Geschäftspartnern, Aktionären, Behörden) ergibt. Das Reputationsrisiko ist in der Regel ein Risiko, das sich im Zusammenhang mit anderen Risiken realisiert.

Das **Neugeschäftsrisiko** umfasst das Risiko, dass gesetzte Ziele für das Neugeschäft nicht erreicht werden und dieser Umstand negativ auf die Bestandsentwicklung des Unternehmens wirkt.

Beim **strategischen Risiko** handelt es sich um "negative Veränderungen im Unternehmenswert" als Folge von strategischen Entscheidungen des Vorstandes und deren Umsetzung oder von Änderungen des wirtschaftlichen Umfeldes.

Diese Risiken werden nicht im Rahmen der Berechnungen der Standardformel berücksichtigt. Die Analyse und Bewertung der Risiken erfolgt im Top Risk Assessment.

Zur Risikominderung existieren im Wesentlichen folgende Prozesse:

Um Reputationsrisiken zu begegnen, existieren Kommunikationskonzepte und Kommunikationsleitlinien. Darüber hinaus wird gegebenenfalls auf externe Unterstützung von Kommunikationsspezialisten zurückgegriffen.

Um Neugeschäftsrisiken zu mindern, wird die Erreichung der Neugeschäftsziele laufend überwacht. Bezüglich der Steuerung des Vertriebes führt die DEURAG ein intensives Vertriebscontrolling durch, in dem verschiedene Regelberichte und fallbezogene ad hoc Berichte bezüglich der wesentlichen Kennzahlen etabliert sind.

Darüber hinaus wird das Neugeschäftsrisiko über die Diversifikationseffekte, die aufgrund verschiedener Vertriebskanäle entstehen, positiv beeinflusst bzw. gemindert. Die DEURAG verfolgt eine 2-Marken-Strategie auf zwei Vertriebswegen. Die Marke ALLRECHT wird über den Ausschließlichkeitsvertrieb der SIGNAL IDUNA Gruppe und der MÜNCHENER VEREIN Versicherungsgruppe vertrieben. Der Vertrieb der Marke DEURAG erfolgt über freie Vertriebspartner (Makler und Mehrfachagenten).

Das strategische Risiko wird im Rahmen des Konzernsteuerungsprozesses mindestens einmal jährlich betrachtet.

C.7 Sonstige Angaben

Weitere wesentliche Informationen liegen nicht vor.

D. Bewertung für Solvabilitätszwecke

Innerhalb des nachstehenden Kapitels werden bedeutsame Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Unternehmens angesprochen. Als bedeutsam wurden in diesem Kontext diejenigen Positionen angesehen, die in Bezug auf die Bilanzsumme der Vermögenswerte der Solvency II-Bilanz eine Größenordnung von mindestens 3 % erreichen.

Darüber hinaus sind in Ausnahmefällen auch Positionen angesprochen worden, die den genannten Schwellenwert zwar nicht erreichten, bei denen eine Beschreibung jedoch aus anderen Gründen sachgerecht erschien. In diesem Falle findet sich eine Erläuterung dieses Umstandes innerhalb des entsprechenden Unterkapitels. Die vollständige Solvabilitätsübersicht ist als S.02.01.02.01 in der Anlage enthalten.

D.1 Vermögenswerte

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick der Vermögenswerte der DEURAG:

Vermögenswerte	Solvabilität-II-Wert 2017	Solvabilität-II-Wert 2016
	TEUR	TEUR
Latente Steueransprüche	1.824	3.089
Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf	6.758	6.931
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	411.532	416.716
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	2.564	2.702
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	50	50
Aktien	16	16
Aktien – nicht notiert	16	16
Anleihen	283.195	277.935
Staatsanleihen	52.565	67.892
Unternehmensanleihen	230.630	210.034
Organismen für gemeinsame Anlagen	125.707	113.712
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	0	22.300
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	4.334	5.359
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	920	1.463
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	18.658	3.293
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	77	65
Vermögenswerte Gesamt	444.103	436.915

Latente Steueransprüche (C0010/R0040)

Zum Berichtsstichtag beträgt der Wert der latenten Steueransprüche 1.824 TEUR (Vorjahr: 3.089 TEUR).

Die Bedeutsamkeit der latenten Steueransprüche ergibt sich insbesondere aus der risikoabsorbierenden Wirkung der latenten Steuern in der Bestimmung des Solvenzkapitalbedarfs.

Im Zusammenhang mit darzustellenden Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen der Solvabilitätsbeurteilung ergeben sich die latenten Steueransprüche aus den temporären Differenzen zwischen den einzelnen Bilanzpositionen der Steuerbilanz und der Solvency II-Bilanz. Zur Berechnung der latenten Steueransprüche werden diese Differenzen mit einem individuellen, jeweils gültigen latenten Steuersatz bewertet. Die angewendete Bewertungsmethodik entspricht den gängigen Verfahren.

Die mit der beschriebenen Bewertungsmethodik einhergehende Unsicherheit ist insgesamt als nicht wesentlich einzuschätzen, da sowohl die Steuerbilanz als auch die HGB-Bilanz regelmäßig extern geprüft werden. Die Angemessenheit der beschriebenen Methodik wird zudem im Rahmen der Prüfung der Solvabilitätsübersicht durch den Wirtschaftsprüfer einer jährlichen Überprüfung unterzogen.

Die Werthaltigkeit latenter Steuern wird durch eine Analyse der Abwicklungsmuster der Vermögenswerte und der Verbindlichkeiten ermittelt. Zum 31. Dezember 2017 sind sämtliche latente Steueransprüche durch latente Steuerschulden in Höhe von 9.472 TEUR (Vorjahr: 10.881 TEUR) gedeckt.

Anteile an verbundenen Unternehmen einschließlich Beteiligungen (C0010/R0090)

Zum Berichtsstichtag betrug der Wert der Anteile an verbundenen Unternehmen 50 TEUR (Vorjahr: 50 TEUR).

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen erfolgte gemäß der in Artikel 13 in Verbindung mit Artikel 10 DVO beschriebenen Bewertungshierarchie.

Im Rahmen von Solvency II wurde für die Anteile an verbundenen Unternehmen der HGB Wert ausgewiesen.

Staatsanleihen (S.02.01, C0010/R0140)

Zum Berichtsstichtag beträgt der Wert der Staatsanleihen 52.564 TEUR (Vorjahr: 67.893 TEUR).

Börsennotierte Staatsanleihen werden grundsätzlich gemäß Artikel 10 Absatz 2 DVO mit dem an einem aktiven Markt festgestellten Marktpreis bewertet. Bei der Beurteilung des Vorhandenseins eines aktiven Marktes werden gemäß Absatz 4 die folgenden Kriterien herangezogen, die in den von der Kommission nach der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 übernommenen Internationalen Rechnungslegungsstandards definiert sind:

- Homogenität der Produkte
- Preisstellung
- regelmäßiger Handel / regelmäßige Nachfrage.

Der Anteil der derart bewerteten Staatsanleihen am Gesamtbestand beträgt 74,5 %.

In einzelnen Fällen hat die Prüfung anhand der Kriterien für einen aktiven Markt ergeben, dass es sich nicht um einen solchen handelt. In diesen Fällen werden die betreffenden Vermögenswerte gemäß Artikel 10 Absatz 6 (b) und Absatz 7 (b) mittels Zinssatz und Credit Spreads unter Anwendung des einkommensbasierten Ansatzes bewertet. Der Zeitwert wird mittels der Discounted-Cash-Flow-Methode

unter Berücksichtigung der bis zum Stichtag aufgelaufenen Stückzinsen ermittelt. Die Bewertung basiert auf der restlaufzeitadäquaten Euro-Swap-Kurve zum Bewertungsstichtag zzgl. eines anlagenspezifischen Risikoaufschlags, der sich an den am Markt beobachtbaren Spreads für gleichartige Vermögensgegenstände orientiert.

Nicht börsennotierte Staatsanleihen werden ebenfalls gemäß Artikel 10 Absatz 6 (b) und Absatz 7 (b) mittels Zinssatz und Credit Spreads unter Anwendung des einkommensbasierten Ansatzes bewertet. In diesen Fällen werden die Zeitwerte mittels der Discounted-Cash-Flow-Methode unter Berücksichtigung der bis zum Stichtag aufgelaufenen Stückzinsen ermittelt. Die Bewertung basiert auf der restlaufzeitadäquaten Euro-Swap-Kurve zum Bewertungsstichtag zzgl. eines anlagenspezifischen Risikoaufschlags, der sich an den am Markt beobachtbaren Spreads für gleichartige Vermögensgegenstände orientiert.

Der Anteil der unter Anwendung des einkommensbasierten Ansatzes bewerteten Staatsanleihen am Gesamtbestand beträgt 25,5 %.

Die Bewertung der Staatsanleihen basiert entweder auf direkt an Märkten gebildeten Preisen oder auf Zinskurven und Credit Spreads und damit auf direkt an Märkten beobachtbaren Inputfaktoren und ist daher als angemessen zu betrachten. Bewertungsunsicherheiten resultieren im Wesentlichen aus der Auswahl der Referenz-Vermögenswerte im Hinblick auf die Festlegung der Risikoaufschläge.

An Märkten gebildete Preise enthalten bereits die Erwartungen der Marktteilnehmer bezüglich der künftigen Entwicklung der Vermögenswerte. Bei der Bewertung der Staatsanleihen anhand der Discounted-Cash-Flow-Methode werden Erwartungen bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Vermögensgegenstände im Rahmen des verwendeten Risikoaufschlags berücksichtigt.

Bei der Bewertung von Vermögensgegenständen ist grundsätzlich die Verwendung von an aktiven Märkten gebildeten Marktpreisen für identische Vermögensgegenstände gefordert. Ist dies nicht möglich, können alternative Bewertungsmethoden angewandt werden, wobei die verwendeten Bewertungsparameter höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz aufweisen müssen.

Die gewählten Bewertungsmethoden stehen mit den in Artikel 10 Absatz 7 a) und b) DVO genannten Ansätzen in Einklang. Die Angemessenheit der Bewertung wird sichergestellt, indem die verwendeten Inputfaktoren regelmäßig auf eben diese Kriterien - höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz - geprüft werden.

Im Rahmen von Solvency II wurde ein um 5.607 TEUR höherer Wert als im HGB-Jahresabschluss ermittelt.

Die Differenz resultiert aus der Tatsache, dass die Staatsanleihen im Jahresabschluss abweichend zur Solvabilitätsübersicht nicht zu Marktwerten, sondern gemäß der jeweiligen HGB-Vorschriften folgendermaßen bilanziert und bewertet werden:

Börsennotierte Staatsanleihen werden für die Zwecke des HGB-Abschlusses zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert und grundsätzlich nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Für ausgewählte Inhaberschuldverschreibungen wird von der Möglichkeit des § 341b Absatz 2 zweiter Halbsatz HGB (Bewertung bestimmter Kapitalanlagen nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften) Gebrauch gemacht. Bei diesen Papieren findet das gemilderte Niederstwertprinzip Anwendung.

Bei nicht börsennotierten Staatsanleihen mit Kuponzahlung, die als Namensschuldverschreibung ausgestattet sind, werden die Nennwerte aktiviert, gegebenenfalls vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen. Im Falle von Schuldscheindarlehen werden die Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem

Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt, gegebenenfalls vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen.

Unternehmensanleihen (S.02.01, C0010/R0150)

Zum Berichtsstichtag beträgt der Wert der Unternehmensanleihen 230.630 TEUR (Vorjahr: 210.043 TEUR).

Börsennotierte Unternehmensanleihen werden grundsätzlich gemäß Artikel 10 Absatz 2 DVO mit dem an einem aktiven Markt festgestellten Marktpreis bewertet. Bei der Beurteilung des Vorhandenseins eines aktiven Marktes werden gemäß Absatz 4 die folgenden Kriterien herangezogen, die in den von der Kommission nach der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 übernommenen Internationalen Rechnungslegungsstandards definiert sind:

- Homogenität der Produkte
- Preisstellung
- regelmäßiger Handel / regelmäßige Nachfrage.

Der Anteil der derart bewerteten Unternehmensanleihen am Gesamtbestand beträgt 10,2 %.

In einzelnen Fällen hat die Prüfung anhand der Kriterien für einen aktiven Markt ergeben, dass es sich nicht um einen solchen handelt. In diesen Fällen werden die betreffenden Vermögenswerte gemäß Artikel 10 Absatz 6 (b) und Absatz 7 (b) mittels Zinssatz und Credit Spreads unter Anwendung des einkommensbasierten Ansatzes bewertet. Der Zeitwert wird mittels der Discounted-Cash-Flow-Methode unter Berücksichtigung der bis zum Stichtag aufgelaufenen Stückzinsen ermittelt. Die Bewertung basiert auf der restlaufzeitadäquaten Euro-Swap-Kurve zum Bewertungsstichtag zzgl. eines anlagenspezifischen Risikoaufschlags, der sich an den am Markt beobachtbaren Spreads für gleichartige Vermögensgegenstände orientiert.

Nicht börsennotierte Unternehmensanleihen werden ebenfalls gemäß Artikel 10 Absatz 6 (b) und Absatz 7 (b) mittels Zinssatz und Creditspreads unter Anwendung des einkommensbasierten Ansatzes bewertet. In diesen Fällen werden die Zeitwerte mittels der Discounted-Cash-Flow-Methode unter Berücksichtigung der bis zum Stichtag aufgelaufenen Stückzinsen ermittelt. Die Bewertung basiert auf der restlaufzeit-adäquaten Euro-Swap-Kurve zum Bewertungsstichtag zzgl. eines anlagenspezifischen Risikoaufschlags, der sich an den am Markt beobachtbaren Spreads für gleichartige Vermögensgegenstände orientiert.

Der Anteil der unter Anwendung des einkommensbasierten Ansatzes bewerteten Unternehmensanleihen am Gesamtbestand beträgt 89,8 %.

Die Bewertung der Unternehmensanleihen basiert entweder auf direkt an Märkten gebildeten Preisen oder auf Zinskurven und Credit Spreads und damit auf direkt an Märkten beobachtbaren Inputfaktoren und ist daher als angemessen zu betrachten. Bewertungsunsicherheiten resultieren im Wesentlichen aus der Auswahl der Referenz-Vermögenswerte im Hinblick auf die Festlegung der Risikoaufschläge.

An Märkten gebildete Preise enthalten bereits die Erwartungen der Marktteilnehmer bezüglich der künftigen Entwicklung der Vermögenswerte. Bei der Bewertung der Unternehmensanleihen anhand der Discounted-Cash-Flow-Methode werden Erwartungen bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Vermögensgegenstände im Rahmen des verwendeten Risikoaufschlags berücksichtigt.

Bei der Bewertung von Vermögensgegenständen ist grundsätzlich die Verwendung von an aktiven Märkten gebildeten Marktpreisen für identische Vermögensgegenstände gefordert. Ist dies nicht möglich, können

alternative Bewertungsmethoden angewandt werden, wobei die verwendeten Bewertungsparameter höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz aufweisen müssen.

Die gewählten Bewertungsmethoden stehen mit den in Artikel 10 Absatz 7 a) und b) DVO genannten Ansätzen in Einklang. Die Angemessenheit der Bewertung wird sichergestellt, indem die verwendeten Inputfaktoren regelmäßig auf eben diese Kriterien - höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz - geprüft werden.

Im Rahmen von Solvency II wurde ein um 21.098 TEUR höherer Wert als im HGB-Jahresabschluss ermittelt.

Die Differenz resultiert aus der Tatsache, dass die Unternehmensanleihen im Jahresabschluss abweichend zur Solvabilitätsübersicht nicht zu Marktwerten, sondern gemäß der jeweiligen HGB-Vorschriften folgendermaßen bilanziert und bewertet werden:

Börsennotierte Unternehmensanleihen werden für die Zwecke des HGB-Abschlusses zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert und grundsätzlich nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Für ausgewählte Inhaberschuldverschreibungen wird von der Möglichkeit des § 341b Absatz 2 zweiter Halbsatz HGB (Bewertung bestimmter Kapitalanlagen nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften) Gebrauch gemacht. Bei diesen Papieren findet das gemilderte Niederstwertprinzip Anwendung.

Bei nicht börsennotierten Unternehmensanleihen mit Kuponzahlung, die als Namensschuldverschreibung ausgestattet sind, werden die Nennwerte aktiviert, gegebenenfalls vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen. Im Falle von Schuldscheindarlehen werden die Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt, gegebenenfalls vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen.

Bei Unternehmensanleihen, die als Zerobonds ausgestattet sind, werden die fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt, gegebenenfalls vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen.

Organismen für gemeinsame Anlagen (S.02.01, C0010/R0180)

Zum Berichtsstichtag beträgt der Wert der Organismen für gemeinsame Anteile 125.707 TEUR (Vorjahr: 113.712 TEUR).

Organismen für gemeinsame Anlagen werden mit den von den Kapitalverwaltungsgesellschaften mitgeteilten Rücknahmekursen bewertet. Die Rücknahmekurse ergeben sich aus dem zur Anzahl der ausgegebenen Anteile in Beziehung gesetzten Fondsvermögen (Summe aller sich im Fonds befindlichen Vermögenswerte). Die Angemessenheit der Bewertung dieser Vermögenswerte sowie der verwendeten Bewertungsmethoden wird durch den Wirtschaftsprüfer der Kapitalverwaltungsgesellschaft geprüft und testiert.

Bei der Bewertung von Vermögenswerten ist grundsätzlich die Verwendung von an aktiven Märkten gebildeten Marktpreisen für identische Vermögensgegenstände gefordert. Ist dies nicht möglich, können alternative Bewertungsmethoden angewandt werden, wobei die verwendeten Bewertungsparameter höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz aufweisen müssen. Der Anteil der mit alternativen Bewertungsmethoden bewerteten Anlagen am Gesamtbestand beträgt 99,99 %. Für 0,01 % der Anlagen existieren Marktpreise auf aktiven Märkten.

Die gewählte Bewertungsmethode steht mit dem in Artikel 10 Absatz 7 a) DVO genannten Ansatz in Einklang. Die Angemessenheit der Bewertung wird sichergestellt, indem die verwendeten Inputfaktoren regelmäßig auf eben diese Kriterien - höchstmögliche Objektivität und Marktrelevanz - geprüft werden.

Im Rahmen von Solvency II wurde ein um 5.204 TEUR höherer Wert als im HGB-Jahresabschluss ermittelt.

Diese Differenz resultiert aus der Tatsache, dass die Organismen für gemeinsame Anlagen im Jahresabschluss abweichend zur Solvabilitätsübersicht nicht zu Marktwerten, sondern gemäß der jeweiligen HGB-Vorschriften zu Anschaffungskosten bilanziert und grundsätzlich unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet werden. Für ausgewählte Vermögenswerte in dieser Bilanzposition wird von der Möglichkeit des § 341b Absatz 2 zweiter Halbsatz HGB (Bewertung bestimmter Kapitalanlagen nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften) Gebrauch gemacht. Bei diesen Papieren findet das gemilderte Niederstwertprinzip Anwendung.

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

Zum Berichtsstichtag beträgt der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen 311.877 TEUR. Die Zusammensetzung der versicherungstechnischen Rückstellungen kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

	31.12.2017	31.12.2016
	2017 TEUR	2016 TEUR
Versicherungstechnische Rückstellungen		
Bester Schätzwert	302.459	298.043
Risikomarge	9.417	13.109
Versicherungstechnische Rückstellungen	311.876	311.152

Die Aufstellung der Solvabilitätsübersicht erfordert die marktwertnahe Bewertung der einzelnen Positionen. Da für die versicherungstechnischen Rückstellungen keine Marktwerte existieren, wird auf den Best Estimate (den besten Schätzwert) zurückgegriffen. Für die versicherungstechnischen Rückstellungen versteht man darunter den Barwert der zukünftigen Zahlungsströme, der unter Anwendung realistischer Annahmen und der maßgeblichen risikofreien Zinsstrukturkurve berechnet wurde.

In den folgenden Abschnitten werden die Vorgehensweise zur Ermittlung der versicherungstechnischen Rückstellungen erläutert und die Ergebnisse der Berechnung dargestellt.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen setzen sich zusammen aus der Best Estimate Schadenrückstellung, der Best Estimate Prämienrückstellung und der Risikomarge.

Die Ermittlung der Best Estimate Schadenrückstellung erfolgte auf der Grundlage eines aktuariell anerkannten Bewertungsverfahrens unter Beachtung der Charakteristik der Schadendaten. Dabei wurden Ausreißereffekte, Kalenderjahreseffekte, Bewertungsmuster und Backtestinginformationen sowie Einzelschadeninformationen berücksichtigt und zusätzlich zukünftig erwartete Gebührenerhöhungen mit einbezogen.

Die Brutto-Prämienrückstellung wurde als abgezinster Wert aller Brutto-Cash-Flows bestimmt, die aus dem zum Stichtag vorhandenen Bestand resultieren. Hierbei wurde die juristische Restlaufzeit der Verträge berücksichtigt. Der Brutto-Cash-Flow ergab sich als Beitrags-Cash-Flow abzüglich Schaden-Cash-Flow abzüglich Kosten-Cash-Flow. Für den Beitrags-Cash-Flow wurden geeignete Stornoquoten berücksichtigt. Der Schaden-Cash-Flow wurde unter Verwendung einer aktuariell geschätzten Brutto-Schadenquote, dem Beitrags-Cash-Flow und eines Anfalljahresabwicklungsmusters prognostiziert. Der Kosten-Cash-Flow wurde über die Anwendung einer geschätzten Kostenquote auf den prognostizierten Beitrags-Cash-Flow ermittelt.

Die Risikomarge wurde nach den Vorgaben der Standardformel gemäß dem Cost-of-Capital-Ansatz ermittelt. Dazu wurde die Solvenzkapitalanforderung in einem Run-Off-Ansatz für zukünftige Bilanzstichtage projiziert. Die Projektion der Solvenzkapitalanforderung erfolgte separat je Submodul anhand geeigneter Risikotreiber. Die gesamte Solvenzkapitalanforderung ergab sich dann aus der Aggregation der Teil-Solvvenzkapitalanforderungen gemäß Standardformel. Über die so ermittelte jährliche Gesamt-Solvvenzkapitalanforderung wurde unter Verwendung der maßgeblichen Zinsstrukturkurve ein Barwert gebildet. Die Risikomarge ergab sich dann aus der Multiplikation des Kapitalkostensatzes in Höhe von 6 % mit dem ermittelten Barwert. Für die DEURAG wurde die Risikomarge vollständig der Sparte Rechtsschutzversicherung zugeordnet.

Für einen großen Teil der Rückstellungen wird ein Backtesting durchgeführt. Aus dem Backtesting ist ersichtlich, dass die verwendeten Bewertungsverfahren angemessen und der Grad der damit verbundenen Unsicherheit als beherrschbar anzusehen ist.

Rückstellungen nach dem Handelsgesetzbuch und nach Solvency II werden nach unterschiedlichen Bewertungsansätzen gebildet. Die Rückstellungsbildung nach dem Handelsgesetzbuch erfolgt unter anderem nach dem Vorsichtsprinzip. Demgegenüber basiert die Bewertung unter Solvency II auf einer Marktwertsicht. Für die einzelnen Rückstellungen wird hier ein Wert nach dem Prinzip einer besten Schätzung ermittelt, zusätzliche Sicherheiten werden anschließend über die Risikomarge dargestellt. Diese unterschiedliche Sichtweise führt zu Abweichungen in zentralen Punkten:

- Eine Schwankungsrückstellung, wie in der Bilanzierung nach dem Handelsgesetzbuch, ist unter Solvency II nicht vorhanden.
- Eine Prämienrückstellung findet sich in der Bilanzierung nach dem Handelsgesetzbuch nicht.
- Im Gegensatz zur Bilanzierung nach dem Handelsgesetzbuch sind unter Solvency II (im Rahmen der Prämienrückstellung) auch erwartete zukünftige Gewinne aus bestehenden Vertragsverhältnissen enthalten.
- Im Gegensatz zur Bilanzierung nach dem Handelsgesetzbuch werden unter Solvency II für Verpflichtungen nach Art der Schadenversicherung Abzinsungseffekte grundsätzlich mit berücksichtigt.

Die Ergebnisse der Bewertungen nach Solvency II und dem Handelsgesetzbuch sind aufgrund der oben genannten konzeptionellen Bewertungsunterschiede nicht vergleichbar.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen (Netto) gemäß Handelsgesetzbuch werden in der Bilanz im Geschäftsbericht veröffentlicht. Sie betragen 318.254 TEUR, wovon die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle 277.531 TEUR ausmacht.

Hinsichtlich der beschriebenen Vorgehensweise haben sich im Berichtsjahr folgende wesentliche Änderungen ergeben:

- Bei der Berechnung der Schadenrückstellung wurde erstmals eine Teilrückstellung für Spätschäden aus noch unbekanntem Sondergruppen gebildet.
- Bei der Berechnung der Schadenrückstellung wurden Gebührenerhöhungen durch umfassende Analysen exakter berücksichtigt.
- Bei der Berechnung der Prämienrückstellung wurde die Bestandsabgrenzung verbessert.

Auf die Anwendung von Übergangsmaßnahmen gemäß der Artikel 77 b) und d) der Richtlinie 2009/138/EG sowie gemäß Artikel 308 c) und d) derselben Richtlinie wurde grundsätzlich verzichtet.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen sowie einforderbare Beträge gegenüber Zweckgesellschaften sind nicht vorhanden.

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick der sonstigen Verbindlichkeiten der DEURAG:

Sonstige Verbindlichkeiten	Solvabilität-II-Wert 2017	Solvabilität-II-Wert 2016
	TEUR	TEUR
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	3.885	6.830
Rentenzahlungsverpflichtungen	3.982	4.035
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13	3
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern und Vermittlern	2.879	4.482
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	0	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	242	195
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	4.556	4.443
Sonstige Verbindlichkeiten	15.557	19.952

Latente Steuerschulden (C0010/R0780)

Der Wert der latenten Steuerschulden zum 31. Dezember 2017 beträgt 9.471 TEUR.

Die Bedeutsamkeit der latenten Steuerschulden ergibt sich insbesondere aus der risikoabsorbierenden Wirkung der latenten Steuern in der Bestimmung des Solvenzkapitalbedarfs.

Im Zusammenhang mit darzustellenden Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen der Solvabilitätsbeurteilung ergeben sich die latenten Steuerschulden aus den temporären Differenzen zwischen den einzelnen Bilanzpositionen der Steuerbilanz und der Solvency II-Bilanz. Zur Berechnung der latenten Steuerschulden werden diese Differenzen mit einem individuellen, jeweils gültigen latenten Steuersatz bewertet. Die angewendete Bewertungsmethodik entspricht den gängigen Verfahren.

Die mit der beschriebenen Bewertungsmethodik einhergehende Unsicherheit ist insgesamt als nicht wesentlich einzuschätzen, da sowohl die Steuerbilanz als auch die HGB-Bilanz regelmäßig extern geprüft werden. Die Angemessenheit der beschriebenen Methodik wird zudem im Rahmen der Prüfung der Solvabilitätsübersicht durch den Wirtschaftsprüfer einer jährlichen Überprüfung unterzogen.

In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten (C0010/R0870)

Der Wert der nachrangigen Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2017 beträgt 19.961 TEUR.

Die Bedeutsamkeit der in den Basiseigenmitteln aufgeführten nachrangigen Verbindlichkeiten ergibt sich aus der direkten Wirkung auf die anrechenbaren Eigenmittel zur Deckung des Solvenzkapitalbedarfs.

Die Nachrangdarlehen haben jeweils eine Laufzeit von 10 Jahre und enden 2026 bzw. 2027.

Die nachrangige Verbindlichkeit wurde gemäß Artikel 10 Absatz 6 (b) und Absatz 7 (b) DVO mittels Zinssatz und Creditspreads unter Anwendung des einkommensbasierten Ansatzes bewertet. In diesen Fällen werden

die Zeitwerte mittels der Discounted-Cash-Flow-Methode unter Berücksichtigung der bis zum Stichtag aufgelaufenen Stückzinsen ermittelt. Die Bewertung basiert auf der restlaufzeitadäquaten Euro-Swap-Kurve zum Bewertungsstichtag zzgl. eines anlagespezifischen Risikoaufschlages, der sich an den am Markt beobachtbaren Spreads für gleichartige Vermögensgegenstände orientiert.

Die Bewertung der nachrangigen Verbindlichkeit basiert entweder auf direkt an Märkten gebildeten Preisen oder auf Zinskurven und Creditspreads und damit auf direkt an Märkten beobachtbaren Inputfaktoren und ist daher als angemessen zu betrachten. Bewertungsunsicherheiten resultieren im Wesentlichen aus der Auswahl der Referenz-Vermögenswerte im Hinblick auf die Festlegung der Risikoaufschläge.

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Die Beschreibung etwaig angewandter alternativer Berechnungsmethoden findet sich direkt in den Beschreibungen der Unterabschnitte aus D.1 bis D.3.

D.5 Sonstige Angaben

Sonstige wichtige Angaben finden sich direkt in den Beschreibungen der Unterabschnitte aus D.1 bis D.3.

E. Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

E.1.1 Grundsätze des Eigenmittelmanagements

Grundlage für das Eigenmittelmanagement der Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe ist die Kapitalmanagementstrategie, die sich an der Geschäfts- und Risikostrategie orientiert. Die Kapitalmanagementstrategie gibt Ziele für die Entwicklung der Eigenmittel unter Berücksichtigung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen, des Risikotragfähigkeitskonzeptes und der Ertragslage vor. Das Eigenmittelmanagement ist integraler Bestandteil des Konzernsteuerungsprozesses der SIGNAL IDUNA Gruppe.

Ausgehend von der Anforderung der Kapitalmanagementstrategie werden mittelfristige Eigenmittelpläne sowohl nach den Ergebnissen aus dem Gesamtsolvvenzmodell als auch nach der aufsichtsrechtlichen Standardformel aufgestellt. Dabei setzt die Eigenmittelplanung für beide Betrachtungsebenen auf den mittelfristigen Projektionsrechnungen auf, die mit den im Geschäftsplan gemachten Annahmen korrespondieren. Die konkreten Eigenmittelpläne stellen die Struktur und Qualität der Eigenmittel über den Zeitraum der Geschäftsplanung von derzeit drei Jahren dar und zeigen bei Bedarf auch eventuelle Handlungsnotwendigkeiten und Gegensteuerungsmaßnahmen auf.

Für das Controlling und die unterjährige Überwachung des Eigenmittelplans werden zum einen alle wesentlichen Veränderungen und Neuerungen mit Auswirkungen auf die Eigenmittelsituation laufend beobachtet. Zum anderen werden die konkreten Istwerte mit den Planwerten verglichen und analysiert. Darüber hinaus erfolgen Aktualisierungen auf der Grundlage von mittelfristigen Hochrechnungen. Durch Veränderungen bei dem Risikoprofil, den Eigenmitteln und der Bedeckungssituation oder auch durch andere Gründe können sich Anpassungen bei der Eigenmittelkonstellation ergeben. Dafür sind Einzelmaßnahmen definiert, die im Bedarfsfall zu einer beabsichtigten Erhöhung oder auch Reduzierung der Eigenmittel eingesetzt werden können.

E.1.2 Informationen zur Eigenmittelzusammensetzung

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 beläuft sich der Betrag an verfügbaren Basiseigenmitteln auf 107.227 TEUR. Diese Mittel setzen sich aus dem „Überschuss der Vermögensgegenstände gegenüber den Verbindlichkeiten“ (87.266 TEUR / Eigenmittel nach Tier 1) sowie der Position „Nachrangige Darlehen“ (19.961 TEUR / Eigenmittel nach Tier 2) zusammen.

E.1.3 Bewertungsunterschiede zwischen der lokalen Rechnungslegung und Solvency II

Das Eigenkapital des nach HGB bilanzierten Jahresabschlusses beläuft sich zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 auf 61.726 TEUR und setzt sich zusammen aus den HGB-Eigenkapitalpositionen „Gezeichnetes Kapital“ (29.093 TEUR), „Kapitalrücklage“ (9.732 TEUR), „gesetzliche Rücklage“ (205 TEUR), „andere Gewinnrücklagen“ (20.872 TEUR) und „Bilanzgewinn“ (1.825 TEUR).

Im Rahmen der Berechnung der Eigenmittel nach Solvency II stellt die nach den aufsichtsrechtlichen Bewertungsprinzipien aufgestellte Marktwertbilanz den Ausgangspunkt dar, wobei sich im Vergleich zur HGB-Bilanz vor allem bei den Kapitalanlagen und den versicherungstechnischen Rückstellungen hohe Unterschiede aufgrund der unterschiedlichen Bewertungsprinzipien ergeben. Die wesentlichen

Bewertungsunterschiede bei den Bilanzpositionen wurden bereits in vorangegangenen Kapiteln dieses Berichts erläutert. Nach der so ermittelten Solvency II-Bilanz beträgt der Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten 87.266 TEUR (Vorjahr: 84.770 TEUR).

E.1.4 Übersicht der Basiseigenmittel aus Übergangsmaßnahmen

Eigenmittel aus Übergangsmaßnahmen werden nicht angesetzt.

E.1.5 Übersicht der ergänzenden Eigenmittel

Hierzu ergeben sich keine berichtspflichtigen Angaben.

E.1.6 Übersicht der Abzugspositionen

Abzugsposten waren nicht zu berücksichtigen.

E.1.7 Informationen zum Verlustausgleichsmechanismus

Hierzu ergeben sich keine berichtspflichtigen Angaben.

E.1.8 Erläuterungen zum Ausgleichssaldo

Der Eigenmittelbestandteil „Ausgleichsrücklage“ entspricht dem Gesamtüberschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten abzüglich bestimmter Posten, insbesondere vorhersehbarer Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte. Da der Gewinnverwendungsbeschluss für das Geschäftsjahr 2017 ausschließlich eine Zuführung zu den Gewinnrücklagen sowie einen Vortrag auf neue Rechnung vorsieht, umfasst der Eigenmittelbestandteil „Ausgleichsrücklage“ ausschließlich den Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten von 87.266 TEUR. Die Mittel der „Ausgleichsrücklage“ stehen uneingeschränkt für mögliche Verlustausgleiche und als Eigenmittelbestandteil zur Verfügung.

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Aufgrund der Fristenregelung wurde vor Veröffentlichung dieses Berichtes keine aufsichtsrechtliche Prüfung der Berechnungen der Solvabilitätskapitalanforderung vorgenommen, so dass der endgültige Betrag noch der Prüfung unterliegt.

E.2.1 Detaildarstellung zur Solvenzkapitalanforderung

Die nachstehende Tabelle zeigt die SCR-Zusammensetzung nach Risikokategorien:

Risikokategorien	31.12.2017	31.12.2016
	2017 TEUR	2016 TEUR
Marktrisiko	28.170	32.272
Ausfallrisiko	4.643	1.604
Versicherungstechnisches Risiko „Schadenversicherung“	61.898	70.658
Diversifikationseffekt	-18.088	-19.001
BSCR	76.623	85.533
Operationelles Risiko	9.074	8.941
Risikominderung aus latenten Steuern	-7.648	-7.792
SCR	78.049	86.683

E.2.2 Detaildarstellung zur Mindestkapitalanforderung

Die Mindestkapitalanforderung (MCR) stellt die geringere der beiden von Aufsichtsseite unter Solvency II definierten Kapitalanforderungen dar und ist unbedingt jederzeit vom Unternehmen einzuhalten.

Das MCR berechnet sich nach Solvency II als eine lineare Funktion von Prämien und versicherungstechnischen Rückstellungen. Für das MCR gilt ein Korridor von 25 % (Untergrenze) bis 45 % (Obergrenze) des SCR.

Darüber hinaus gilt in Abhängigkeit der betriebenen Geschäftsbereiche eine absolute Kapitaluntergrenze. Diese liegt bei 3.700 TEUR.

Die Mindestkapitalanforderung (MCR) der DEURAG zum 31. Dezember 2017 ergibt sich durch Kappung des SCR auf 45 % und beträgt 35.122 TEUR.

E.2.3 Angaben zu vereinfachten Berechnungen

Es werden keine vereinfachten Berechnungen angewendet.

E.2.4 Angaben zu unternehmensspezifischen Parametern und Kapitalaufschlägen

Für die Berechnung der Solvabilität mit Hilfe der Standardformel wird zur Bestimmung des Prämien- und Rückstellungsrisikos im Risikomodul versicherungstechnisches Risiko Schadenversicherung ein unternehmensspezifischer Parameter verwendet. Der unternehmensspezifische Parameter bezieht sich dabei auf die Standardabweichung für das Nichtlebensversicherungsrückstellungsrisiko. Er wurde von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht mit Bescheid vom 1. Dezember 2015 genehmigt. Andere unternehmensspezifische Parameter werden nicht angewandt.

Darüber hinaus hat die BaFin keinen Kapitalaufschlag auferlegt.

E.2.5 Bei der Berechnung der Mindestkapitalanforderung verwendete Inputs

Aufgrund der Größe der DEURAG liegt das MCR deutlich über der absoluten Untergrenze für das MCR und berechnet sich somit aus dem linearen MCR, das auf 25 % bis 45 % des SCR gekappt ist. Schließlich ergibt es sich als 45 % des SCR (siehe Kapitel E.2.2).

E.2.6 Änderungen der Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung im Berichtszeitraum

Bei der SIGNAL IDUNA Gruppe werden Änderungen des Gesamt-SCR um 15 % oder mehr als wesentlich angesehen.

Es haben sich im Berichtszeitraum keine wesentlichen Änderungen der Solvenzkapitalanforderung ergeben.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko gem. Art. 304 der EU-Richtlinie 2009/138/EG wird zum Berichtsstichtag nicht angewendet.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwaig verwendeten internen Modellen

Ein internes Modell wurde nicht eingesetzt.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Die Mindestkapitalanforderung sowie die Solvenzkapitalanforderung wurden im gesamten Berichtszeitraum eingehalten.

E.6 Sonstige Angaben

Über die in diesem Kapitel dargestellten Informationen hinaus erfolgen keine weiteren Ausführungen.

Anlagen

Meldebögen für den Bericht über Solvabilität und Finanzlage.

Meldebögen, die für die DEURAG nicht einschlägig sind, werden nicht dargestellt.

S.02.01.02: Bilanz

Versicherungsunternehmen: Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG

Stichtag: 12/31/2017

S.02.01.02.01: Bilanz

		Solvabilität-II-Wert
		C0010
Vermögenswerte		
Immaterielle Vermögenswerte	R0030	0
Latente Steueransprüche	R0040	1824
Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen	R0050	0
Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf	R0060	6.758
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	R0070	411532
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	R0080	2.564
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	R0090	50
Aktien	R0100	16
Aktien – notiert	R0110	0
Aktien – nicht notiert	R0120	16
Anleihen	R0130	283.195
Staatsanleihen	R0140	52.564
Unternehmensanleihen	R0150	230.630
Strukturierte Schuldtitel	R0160	0
Besicherte Wertpapiere	R0170	0
Organismen für gemeinsame Anlagen	R0180	125.707
Derivate	R0190	0
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	R0200	0
Sonstige Anlagen	R0210	0
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	R0220	0
Darlehen und Hypotheken	R0230	0
Policendarlehen	R0240	0
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	R0250	0
Sonstige Darlehen und Hypotheken	R0260	0
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	R0270	0
Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0280	0
Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen	R0290	0
nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0300	0
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer	R0310	0
Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0320	0
Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0330	0
Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden	R0340	0
Depotforderungen	R0350	0
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0360	4.334
Forderungen gegenüber Rückversicherern	R0370	0
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	R0380	920
Eigene Anteile (direkt gehalten)	R0390	0
In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel	R0400	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	R0410	18.658
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	R0420	77
Vermögenswerte insgesamt	R0500	444.103
Verbindlichkeiten		
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	R0510	311877
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	R0520	311877

Verbindlichkeiten

Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	R0510	311.877
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	R0520	311.877
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0530	
Bester Schätzwert	R0540	302.459
Risikomarge	R0550	9.417
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)	R0560	0
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0570	
Bester Schätzwert	R0580	0
Risikomarge	R0590	0
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0600	0
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	R0610	0
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0620	
Bester Schätzwert	R0630	0
Risikomarge	R0640	0
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0650	0
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0660	
Bester Schätzwert	R0670	0
Risikomarge	R0680	0
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	R0690	0
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0700	
Bester Schätzwert	R0710	0
Risikomarge	R0720	0
Eventualverbindlichkeiten	R0740	0
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	R0750	3.855
Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760	3.982
Depotverbindlichkeiten	R0770	0
Latente Steuerschulden	R0780	9.472
Derivate	R0790	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800	13
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0810	0
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820	2.879
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840	242
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0850	19.961
Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0860	0
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0870	19.961
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880	4.556
Verbindlichkeiten insgesamt	R0900	356.837
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R1000	87.266

S.05.01.02: Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen

Versicherungsunternehmen: Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG

Stichtag: 31/12/2017

S.05.01.02.01: Nichtlebensversicherung (Direktversicherungsgeschäft/in Rückdeckung übernommenes proportionales und nicht-proportionales Geschäft)

		Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)											Geschäftsbereich für: in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft				Gesamt	
		Krankheitskostenversicherung	Einkommensersatzversicherung	Arbeitsunfallversicherung	Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	Sonstige Kraftfahrtversicherung	See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	Feuer- und andere Sachversicherungen	Allgemeine Haftpflichtversicherung	Kredit- und Kautionsversicherung	Rechtsschutzversicherung	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste	Krankheit	Unfall	See, Luftfahrt und Transport		Sach
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100	C0110	C0120	C0130	C0140	C0150		C0160
Gebuchte Prämien																		
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0110																	175.816
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0120																	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0130																	
Anteil der Rückversicherer	R0140																	0
Netto	R0200																	175.816
Verdiente Prämien																		
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210																	175.794
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0220																	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0230																	
Anteil der Rückversicherer	R0240																	0
Netto	R0300																	175.794
Aufwendungen für Versicherungsfälle																		
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310																	123.936
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320																	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0330																	
Anteil der Rückversicherer	R0340																	0
Netto	R0400																	123.936
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen																		
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0410																	24
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0420																	
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0430																	
Anteil der Rückversicherer	R0440																	0
Netto	R0500																	24
Angefallene Aufwendungen	R0550																	60.175
Sonstige Aufwendungen	R200																	
Gesamtaufwendungen	R1500																	60.175

S.23.01.01.01: Eigenmittel

Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35

Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	R0010
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	R0030
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen	R0040
Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit	R0050
Überschussfonds	R0070
Vorzugsaktien	R0090
Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio	R0110
Ausgleichsrücklage	R0130
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0140
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche	R0160
Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden	R0180

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Abzüge

Abzüge für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten	R0230
Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen	R0290

Ergänzende Eigenmittel

Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann	R0300
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können	R0310
Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können	R0320
Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen	R0330
Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG	R0340
Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG	R0350
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG	R0360
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG	R0370
Sonstige ergänzende Eigenmittel	R0390
Ergänzende Eigenmittel gesamt	R0400

Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	R0500
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	R0510
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	R0540
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	R0550
SCR	R0580
MCR	R0600
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR	R0620
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR	R0640

	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
R0010	29.093	29.093		0	
R0030	9.732	9.732		0	
R0040					
R0050	0			0	0
R0070	0	0			
R0090					
R0110	0			0	0
R0130	48.441	48.441			
R0140	19.961			19.961	0
R0160	0				0
R0180	0	0		0	0
R0220					
R0230					
R0290	107.227	87.266		19.961	0
R0300	0			0	
R0310	0			0	
R0320	0			0	0
R0330	0			0	0
R0340	0			0	
R0350	0			0	0
R0360	0			0	
R0370	0			0	0
R0390	0			0	0
R0400	0			0	0
R0500	107.227	87.266	0	19.961	0
R0510	107.227	87.266	0	19.961	
R0540	107.227	87.266	0	19.961	0
R0550	94.290	87.266	0	7.024	
R0580	78.049				
R0600	35.122				
R0620	137,38%				
R0640	268,46%				

S.23.01.01.02: Ausgleichsrücklage

C0060

Ausgleichsrücklage

Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten

R0700 87.266

Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)

R0710

Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte

R0720 0

Sonstige Basiseigenmittelbestandteile

R0730 38.825

Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden

R0740

Ausgleichsrücklage - gesamt

R0760 48.441

Erwartete Gewinne

Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung

R0770 0

Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung

R0780 -195

Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)

R0790 -195

S.25.01.21: Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden

Versicherungsunternehmen: Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG

Stichtag: 12/31/2017

S.25.01.21.01: Basis Solvenzkapitalanforderung

		Brutto-Solvvenzkapitalanforderung	USP	Vereinfachungen
		C010	C0090	C0120
Marktrisiko	R0010	28.170		
Gegenparteiausfallrisiko	R0020	4.643		
Lebensversicherungstechnisches Risiko	R0030	0	Keine	
Krankenversicherungstechnisches Risiko	R0040	0	Keine	
Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko	R0050	61.898	Standardabweichung für das Nichtlebensversicherungsrückstellungsrisiko	
Diversifikation	R0060	-18.088		
Risiko immaterieller Vermögenswerte	R0070	0		
Basis Solvenzkapitalanforderung	R0100	76.623		

S.25.01.21.02: Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

		Wert
		C0100
Operationelles Risiko	R0130	9.074
Verlustrückstellungsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen	R0140	0
Verlustrückstellungsfähigkeit der latenten Steuern	R0150	-7.648
Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG	R0160	0
Solvvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag	R0200	78.049
Kapitalaufschlag bereits festgesetzt	R0210	0
Solvvenzkapitalanforderung	R0220	78.049
Weitere Angaben zur SCR		
Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko	R0400	0
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für den übrigen Teil	R0410	0
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände	R0420	0
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios	R0430	0
Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304	R0440	0

S.28.01.01: Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit

Versicherungsunternehmen: Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG

Stichtag: 12/31/2017

S.28.01.01.01: Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

		C0010
MCR(NL)-Ergebnis	R0010	45.782

S.28.01.01.02: Hintergrundinformationen

		Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gebuchte Prämien (nach Abzug der Rückversicherung) in den letzten zwölf Monaten
		C0020	C0030
Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung	R0020	0	0
Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0030	0	0
Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung	R0040	0	0
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0050	0	0
Sonstige Kraftfahrtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0060	0	0
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung	R0070	0	0
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung	R0080	0	0
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0090	0	0
Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung	R0100	0	0
Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0110	302.459	175.818
Beistand und proportionale Rückversicherung	R0120	0	0
Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung	R0130	0	0
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	R0140	0	0
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	R0150	0	0
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	R0160	0	0
Nichtproportionale Sachrückversicherung	R0170	0	0

S.28.01.01.03: Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

		C0040
MCR(L)-Ergebnis	R0200	0

S.28.01.01.04: Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen

		Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gesamtes Risikokapital (nach Abzug der Rückversicherung/Zweckgesellschaft)
		C0050	C0060
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen	R0210	0	
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen	R0220	0	
Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen	R0230	0	
Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen	R0240	0	
Gesamtes Risiko kapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen	R0250		0

S.28.01.01.05: Berechnung der Gesamt-M CR

		C0070
Lineare MCR	R0300	45.782
SCR	R0310	78.049
MCR-Obergrenze	R0320	35.122
MCR-Untergrenze	R0330	19.512
Kombinierte MCR	R0340	35.122
Absolute Untergrenze der MCR	R0350	2.500
Mindestkapitalanforderung	R0400	35.122

S.17.01.02: Versicherungstechnische Rückstellungen –Nichtlebensversicherung

Versicherungsunternehmen: Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG

Stichtag: 31/12/2017

S.17.01.02.01: Versicherungstechnische Rückstellungen –Nichtlebensversicherung

		Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft											In Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft				Nichtlebensversicherungsverpflichtungen gesamt	
		Krankheitskostenversicherung	Einkommensersatzversicherung	Arbeitsunfallversicherung	Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	Sonstige Kraftfahrtversicherung	See-, Luftfahrt und Transportversicherung	Feuer- und andere Sachversicherungen	Allgemeine Haftpflichtversicherung	Kredit- und Kautionsversicherung	Rechtsschutzversicherung	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste	Nichtproportionale Krankenrückversicherung	Nichtproportionale Unfallrückversicherung	Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung		Nichtproportionale Sachrückversicherung
		C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100	C0110	C0120	C0130	C0140	C0150	C0160	C0170	C0180
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R001D																	
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0050																	
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge																		
Beste Schätzwert																		
Prämienrückstellungen																		
Brutto	R0060										15.332							15.332
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen	R0140										0							0
Bester Schätzwert (netto) für Prämienrückstellungen	R0150										15.332							15.332
Schadenrückstellungen																		
Brutto	R0160										287.127							287.127
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen	R0240										0							0
Bester Schätzwert (netto) für Schadenrückstellungen	R0250										287.127							287.127
Bester Schätzwert gesamt – brutto	R0260										302.459							302.459
Bester Schätzwert gesamt – netto	R0270										302.459							302.459
Risikomarge	R0280										9.417							9.417
Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen																		
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0290																	
Bester Schätzwert	R0300																	
Risikomarge	R031D																	
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt																		
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0320										311.877							311.877
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen – gesamt	R0330										0							0
Versicherungstechnische Rückstellungen abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0340										311.877							311.877

S.19.01.21: Ansprüche aus Nichtlebensversicherungen

Versicherungsunternehmen: Deutsche Rechtsschutz-Versicherung AG

Stichtag: 12/31/2017

Z-Axis

Z0020: Schadenjahr

S.19.01.21.01: Bezahlte Bruttoschäden (nicht kumuliert, absoluter Betrag) - Entwicklungsjahr

Jahr		0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 & +
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100	C0110
Vor	R0100											12.540
N-9	R0160	20.400	30.224	12.116	6.783	4.561	3.442	2.692	2.256	1.661	1.296	
N-8	R0170	24.231	31.298	12.462	6.855	4.457	3.220	2.576	1.932	1.540		
N-7	R0180	22.364	29.359	12.149	7.046	5.285	3.544	2.761	1.753			
N-6	R0190	22.442	29.659	12.273	7.239	5.431	3.471	2.614				
N-5	R0200	21.472	29.727	12.953	7.826	5.605	3.800					
N-4	R0210	23.205	34.098	14.401	8.264	5.533						
N-3	R0220	25.802	35.457	15.673	8.726							
N-2	R0230	31.023	45.009	18.597								
N-1	R0240	32.524	41.823									
N	R0250	27.210										

S.19.01.21.02: Bezahlte Bruttoschäden (nicht kumuliert) - im laufenden Jahr, Summe der Jahre (kumuliert)

		im laufenden Jahr	Summe der Jahre (kumuliert)
		C0170	C0180
Vor	R0100	4.796	1.146.137
N-9	R0160	1.296	85.429
N-8	R0170	1.540	88.569
N-7	R0180	1.753	84.262
N-6	R0190	2.614	83.129
N-5	R0200	3.800	81.383
N-4	R0210	5.533	85.501
N-3	R0220	8.726	85.658
N-2	R0230	18.597	94.630
N-1	R0240	41.823	74.348
N	R0250	27.210	27.210
Gesamt	R0260	117.687	1.936.254

S.19.01.21.03: Bester Schätzwert (brutto) für nicht abgezinste Schadenrückstellungen (absoluter Betrag) - Entwicklungsjahr

S.19.01.21.03: Bester Schätzwert (brutto) für nicht abgezinste Schadenrückstellungen (absoluter Betrag) - Entwicklungsjahr

Jahr		0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 & +
		C0200	C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	C0290	C0300
Vor	R0100											49.082
N-9	R0160									7.792	6.279	
N-8	R0170								9.448	7.046		
N-7	R0180							11.550	8.804			
N-6	R0190						13.878	10.715				
N-5	R0200					16.999	12.639					
N-4	R0210				22.956	17.210						
N-3	R0220			31.851	24.123							
N-2	R0230		48.138	37.024								
N-1	R0240	86.880	52.063									
N	R0250	84.246										

S.19.01.21.04: Bester Schätzwert (brutto) für nicht abgezinste Schadenrückstellungen - Jahresende (abgezinste Daten)

		Jahresende (abgezinste Daten)
		C0360
Vor	R0100	16.541
N-9	R0160	3.176
N-8	R0170	3.564
N-7	R0180	4.452
N-6	R0190	5.419
N-5	R0200	6.392
N-4	R0210	8.704
N-3	R0220	12.200
N-2	R0230	18.725
N-1	R0240	26.331
N	R0250	42.607
Gesamt	R0260	148.111